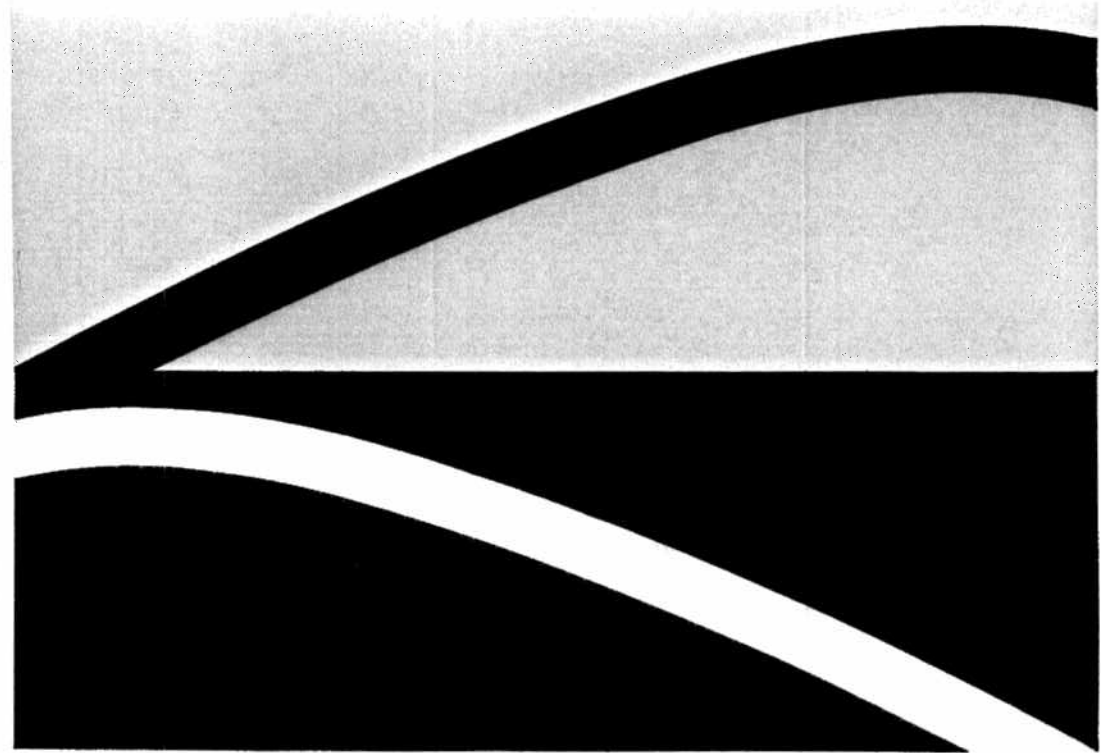


**VEREIN DER WISSENSCHAFTLICHEN FORSCHUNG AUF DEM
GEBIETE DER UNTERNEHMERBIOGRAPHIE UND FIRMENGESCHICHTE**

UNTERNEHMEN UND FREIE UNTERNEHMERVERBÄNDE



**Walter Wolfsberger · Alois Brusatti
Peter G. Fischer · Theodor Faulhaber**

VEREIN DER WISSENSCHAFTLICHEN FORSCHUNG
AUF DEM GEBIETE DER
UNTERNEHMERBIOGRAPHIE UND FIRMENGESCHICHTE

UNTERNEHMEN UND FREIE
UNTERNEHMERVERBÄNDE

Walter Wolfsberger · Alois Brusatti · Peter G. Fischer · Theodor Faulhaber

Umschlaggestaltung: Kurt Lackner

Erschienen im Februar 1981

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Verein der wissenschaftlichen For-
schung auf dem Gebiete der Unternehmerbiographie und Firmengeschichte.

Für den Inhalt verantwortlich:

Univ.-Prof. Dr. Alois Brusatti und Univ.-Doz. Dr. Alois Mosser.

Alle 1190 Wien, Franz-Klein-Gasse 1 (Wirtschaftsuniversität Wien).

Druck: Johann Zellmayer's Söhne Ges. m. b. H., 1140 Wien, Penzinger Straße 67.

Inhalt

Dr. Walter WOLFSBERGER, Generaldirektor der Siemens Aktien-
gesellschaft Österreich:

Zur Einführung 5

Dr. Alois BRUSATTI, o. Prof. f. Wirtschafts- und Sozialgeschichte
an der Wirtschaftsuniversität Wien:

Die Sozialverantwortung des Unternehmers. Ein politischer Essay 7

Mag. Dr. Peter G. FISCHER, Archivrat am Allg. Verwaltungsarchiv
des Österr. Staatsarchivs, Wien:

*Freie und genossenschaftliche Interessenvertretungen der
gewerblichen Wirtschaft in Österreich vor 1918* 14

Mag. Dr. Theodor FAULHABER, Chefredakteur am Inst. f. Wirt-
schaft und Politik, Wien:

*Die Vereinigung Österreichischer Industrieller. Ein Verband und
seine Geschichte* 37

Zur Einführung

Die Aufgaben des Interessenverbandes aus der Sicht des Unternehmers zu umreißen heißt zunächst, die Interessenlage des Unternehmers selbst zu analysieren, sich seine Zielsetzungen bewußt zu machen und schließlich das Anforderungsprofil der Interessenvertretung daraus abzuleiten. Die Zielsetzungen des Unternehmers – gleichgültig ob er als Eigentümer oder als Beauftragter eines Unternehmens fungiert – hat sich in den letzten Jahren zwar nicht im Grundsätzlichen, wohl aber in den Randbedingungen wesentlich gewandelt. In einer Zeit, da die Befriedigung lebenswichtiger Bedürfnisse oder solcher, die eine weitere Verbesserung der Lebensbedingungen ermöglichen, im Vordergrund stand, ging es darum, über ein entsprechendes Umsatzvolumen einen ausreichenden Gewinn zu erzielen. In der modernen Wirtschaftswelt muß jedoch die Unternehmensführung laufend über Wünsche, Verhaltensweisen und über technologische und gesellschaftliche Trends informiert werden und trachten, daß über ein modernes Marketingkonzept Nachfragewünsche festgestellt und diese mit der Bedürfnisbefriedigung in Übereinstimmung gebracht werden, wobei ein entsprechender Gewinn die Erfüllung der verschiedenen Unternehmensziele erst möglich macht. Es kann daher nicht das Ziel des Unternehmers sein, sich angesichts einer weiteren starken Bevölkerungsvermehrung in der Welt und einer entsprechenden Bedarfsentwicklung mit Stagnation, Verzicht auf Wachstum und damit Rückschritt abzufinden. Es wird auch weiterhin zu seinen Aufgaben gehören, den lebensgesetzlichen Notwendigkeiten entsprechend, um eine Verbesserung der Lebensbedingungen bemüht zu bleiben, so daß uns gar keine andere Wahl bleibt, als uns weiterhin im Wettstreit des Fortschritts zu bewähren. Im Großunternehmen und vor allem auch in jedem über die Grenzen seines Landes hinaus wirkenden transnationalen Unternehmen kommen diese Entwicklungen auch in einem über das eigene Land hinaus wirkenden Maßstab zum Ausdruck.

Was kann nun die Leitung des Unternehmens zu dieser Entwicklung beitragen? Sie muß sich im Bewußtsein ihrer Aufgabe um eine ständige Anpassung des Unternehmens an die Gegebenheiten des Mark-

tes und seine Umwelt bemühen und damit dem Strukturwandel gerecht werden, der uns in Form einer qualitativen Weiterentwicklung unserer Wirtschaft in den nächsten Jahren unabdingbar bevorsteht. Zur Sicherung der Zukunft mit der technischen Entwicklung Schritt zu halten, die entsprechenden Investitionsentscheidungen zu treffen, die Ausbildung der Mitarbeiter sicherzustellen und sich so als konkurrenzfähiger Partner auch über die Grenzen des Landes hinaus zu profilieren, ist angesichts der gegenwärtig so schwierigen Situation unserer Leistungsbilanz eine der vordringlichsten Aufgaben, wenn man bedenkt, daß der österreichische Markt allein diesen notwendigen Strukturwandel nicht tragen kann.

Dem entsprechen auch die Erwartungen an den Interessenverband als Sprachrohr der Unternehmerinteressen, als Institution des Interessenausgleichs und schließlich als Anwalt in allen wirtschaftlichen Belangen gegenüber der Öffentlichkeit, dem Staat und der Gesellschaft. Dazu gehört aber auch die Verteidigung des notwendigen Handlungsspielraumes für den Unternehmer, um die Anpassung an die sich ständig verändernde Umwelt zu ermöglichen. Entsprechende Konsequenzen in der künftigen Wirtschaftspolitik müssen die Folge sein. Aber auch der Abbau der Verunsicherung und der Angst vor dem technischen Fortschritt durch mutigeres Eintreten für unabdingbare Entwicklungen scheint ein wichtiges Anliegen der Industrie, dem die Interessenvertretung ihre ganze Überzeugungskraft verleihen muß. Schließlich wird es notwendig sein, vor allem der Jugend neue Ziele anzubieten und ihr durch eine staats- und ordnungsbejahende Motivation wieder jene konstruktive Kraft zu geben, die es ihr ermöglicht, ihre künftigen Probleme in eigener Verantwortung zu lösen.

Alois Brusatti

Die Sozialverantwortung des Unternehmers

Ein politischer Essay

Wer sich mit dem „Unternehmer“ befaßt, muß, um Mißverständnissen vorzubeugen, definieren, was er unter diesem Begriff versteht. Da eine lange, vorwiegend theoretische Abhandlung aber in diesem Essay vermieden werden soll, wird nur eine Abgrenzung der Position gesucht. Das heißt, daß diese vorliegende empirische Betrachtung zum Begriff Unternehmer auf zwei Kriterien einzugehen hat; erstens soll festgehalten werden, wer eigentlich unternehmerische Funktionen auszufüllen hat, und zweitens wie weit mit der Stellung eines Unternehmers Risiken verbunden sind. Deutlich ist festzuhalten, daß beim Oberbegriff Unternehmer nicht bloß der Eigentümer-Unternehmer gemeint ist, sozusagen als traditionelle Verkörperung des Risikoträgers, sondern vor allem auch der Risikogestalter — um die Schumpetersche Terminologie zu gebrauchen —, also der „angestellte Unternehmer“; denn jede Führungsrolle bringt selbstverständlich mit sich, daß ein persönliches Risiko getragen werden muß, sei es durch die Haftung für ein Eigentum, sei es auch durch das „Prestigerisiko“; darunter ist vor allem der Verlust des Ansehens zu verstehen, der einen Selbständigen, vor allem auch leitenden Angestellten bei einem von ihm verschuldeten (oder auch nur zur Last gelegten) Rückschlag oder Ruin des Unternehmens erwartet; ein solcher Fall ist auch mit materiellen Verlusten verbunden, da ein aus solchen Gründen ausgeschiedener Verantwortlicher kaum mehr eine äquivalente Position erhalten wird (ausgenommen den doch seltenen Fall, daß man aus politischen Gründen „hinauffällt“). Als selbständigen oder angestellten Unternehmer bezeichnen wir in diesem Artikel also denjenigen, der in seinem Unternehmen eine solche Position besitzt, in welcher er Entscheidungen treffen muß, die für das Gesamtinteresse der Firma wesentlich sein können. Dabei kommt es auch auf die formale Position an, noch mehr als auf seinen Ausbildungsstatus, auf seine Durchschlagskraft und andere in der Person liegende Eigenschaften.

Damit läßt sich die Frage, was man unter einem „Unternehmer“

versteht, auf Kriterien, die aus einer Analyse seiner Führungsqualitäten herauswachsen, beschränken. Wieder wäre die Frage nach diesem Begriff zu stellen, doch begeben wir uns damit weitgehend auf die Ebene der Psychologie, und wenn man dort gelandet ist, ist es einfacher, vom „Charisma“ zu sprechen, somit von etwas, das sich einer nur nach formalen Kategorien wertenden Beurteilung entzieht. Unternehmer bleibt daher im Wirtschaftsleben derjenige, der gewillt und befähigt ist, – sowohl von seinem Charakter, seinem Wissensstand und seiner Durchschlagskraft, wie auch von seiner Position her – Entscheidungen zu treffen, die anerkannt werden. Das Anerkanntwerden ist die entscheidende und auch die beste Umschreibung für das Charisma. Nebenbei bemerkt: was hier vom Wirtschaftsführer gesagt wird, gilt selbstverständlich, wenn auch in veränderter Form, von jeder im politischen, wissenschaftlichen oder einem anderen wichtigen Bereich stehenden Führungskraft.

Damit nähern wir uns den von Franz Böhm für Unternehmer gekennzeichneten Eigenschaften „Kreativität“ und „Verantwortlichkeit“, aber auch dem „Innovator“ Schumpeters und den Feststellungen der Unternehmerfunktion, wie sie etwa E. Kosiol 1972 erstellt hat (Planende Vorbereitung der Entscheidungen, Aufbringung von Initiative, Realisierung, plangerechte Kontrolle und Überwachung, Berücksichtigung und Tragen von Risiken). Dabei soll der Unternehmerbegriff auch in anderem Sinn abgegrenzt werden: Der Unternehmer ist vom bloßen Verwalter einer Firma und von dem der Wirtschaft dienenden Spezialisten z. B. Rechtsanwalt, Wirtschaftsprüfer, Finanzberater, deutlich zu unterscheiden. Andererseits muß dabei erweiternd festgehalten werden, daß der Arbeitsbereich des Unternehmers nicht nur die Produktionswirtschaft ist, sondern sich auch auf alle Dienstleistungen, wie Handel, Tourismus, Bankwesen, Verkehr u.a.m. erstreckt.

Schumpeter hat überzeugend nachweisen können, daß es den Unternehmer (immer im oben angeführten Sinn betrachtet) nur in einer dynamischen Wirtschaft geben kann, während die statische Wirtschaftsordnung, wie etwa im sozialistischen oder neomerkantilistischen Wohlfahrtsstaat oder in dem erstarrten kommunistischen System mehr den Verwalter bevorzugen muß. Ohne hier auf die Folgerungen Schumpeters einzugehen, der den Weg zur Verwaltungswirtschaft, die er als Sozialismus anspricht, als sicher annimmt (die aus meiner Sicht mehr als mögliche Drohung denn als reale Zukunftsaussicht besteht), ist somit die Unternehmerpersönlichkeit in einer Marktwirt-

schaft nicht zu ersetzen, ob es sich um einen Eigentümer-Unternehmer oder um einen angestellten Unternehmer handelt.

In jeder an der freien Wirtschaft orientierten Form ist es notwendig, daß der Eigentümer-Unternehmer niemals völlig verschwinden darf. Das hat einerseits seinen Grund darin, daß in jeder marktwirtschaftlichen Ordnung, mag auch das öffentliche Eigentum noch so umfangreich sein, das Privateigentum an Produktionsmitteln ein nicht wegzudenkendes und wegzudiskutierendes Prinzip ist. Noch wichtiger ist aber die Tatsache, daß der Eigentümer-Unternehmer beispielgebend wirkt. Sein Risiko wird ja immer bedeutender sein, als das eines noch so große Verfügungsgewalt besitzenden Topmanagers, also etwa des Generaldirektors eines verstaatlichten Betriebes, wodurch naturgemäß auch eine verstärkte Einsatzbereitschaft gegenüber seinem Arbeitsgebiet erwächst. Durch diesen Einsatz wird der Eigentümer ungewollt zu einem Vorbild für den Manager-Unternehmer, mit dem er auch sonst in engem geschäftlichen Kontakt steht und mit dem er oft in zahlreichen Gremien zusammensitzt. Psychologisch ist demnach festzustellen, daß der nichtselbständige Unternehmer, durch das Beispiel des selbständigen Unternehmers angefeuert, sich in Arbeit und Freizeit wie der Eigentümer-Unternehmer verhält.

Der Unternehmer als Typ ist auch für die Marktwirtschaft unentbehrlich. Denn Marktwirtschaft beruht auf dem Konkurrenzdenken; es ist für die heutige Wirtschaftsordnung in den am stärksten dem Marktwirtschaftsprinzip zuneigenden Ländern (USA, BRD, Kanada, Japan, Schweiz, Niederlande, Belgien und auch Italien) kennzeichnend, daß es dort keinen vollkommen ungebundenen Liberalismus gibt, wie etwa im 19. Jahrhundert (Manchesterliberalismus), sondern eine, wenn auch nicht immer erreichte absolute Bevorzugung des Konkurrenzdenkens, es sei an die Antitrust- und Antikartellgesetzgebung erinnert. – Das fordert aber den Willen zum schärfsten Kosten- und Marketingdenken heraus; gerade dieses oft brutale Konkurrenzdenken verlangt eine Unterordnung der Person, selbst eine Identifikation mit der eigenen Firma; daß das zu Auswüchsen führen kann, soll nicht geleugnet werden. Diese Identifikation mit der eigenen Firma wird natürlich der Eigentümer-Unternehmer am besten erreichen, aber es steht ihm der angestellte Unternehmer in den seltensten Fällen nach. Verantwortungsvolles, unternehmerisches Handeln und eine entsprechende Verhaltensweise und Lebensauffassung ist somit Voraussetzung für eine Marktwirtschaft; da es sich gezeigt hat, daß die Marktwirtschaft in den

Jahrzehnten seit 1945 die ökonomischen Probleme am besten zu lösen imstande ist, darüber hinaus einen allgemeinen Wohlstand verbreitet und somit auch die sozialste Wirtschaftsordnung ist, so ist der Unternehmer mit all seiner Einsatzbereitschaft und seinem von manchem scheel angeschauten Firmenegoismus nicht ersetzbar.

Österreich ist als Beispiel einer gemischten Ordnung, die zwar marktwirtschaftlich orientiert ist, in der aber die öffentliche Hand einen wesentlichen Teil an wirtschaftlichem Eigentum innehat, zu betrachten. Man liebt es, einerseits von „sozialer Marktwirtschaft“, andererseits von „Gemeinwirtschaft“ zu sprechen, Ausdrücke, die verschleiern, daß in Österreich die Konkurrenzwirtschaft nicht entsprechend voll ausgebildet ist. Als Gegengewicht treten uns ausländische Konkurrenzunternehmen entgegen, vor allem die vielgeschmähten Multis. Durch diesen internationalen Wettbewerb wird die durch Subventionen und sonstige Interventionen gelenkte Wirtschaft marktorientiert.

Aber über alle „Gemeinwirtschaft“ hinaus ist das grundsätzliche Bekenntnis zum Privateigentum an Produktionsmitteln für die ökonomische Gesinnung der österreichischen Gesellschaftsordnung wichtig, wozu auch die unternehmerische Haltung der vom Staat und den verstaatlichten Kreditinstituten beherrschten Unternehmungen mit ihrem Topmanagement gehören. Eine unternehmerische Gesinnung hat sogar in einer besonderen Intensität die Gewerkschaft ergriffen. Nicht nur innerhalb der Sozialpartnerschaft ist ein wirtschaftspolitisches Verständnis spürbar: dazu trug auch die Tatsache bei, daß eine Gewerkschaft nicht leicht gegen eine sozialistische Regierung opponieren kann; aber als ganz neuer Zug ist auffallend, daß Gewerkschaften – allerdings oft indirekt – Unternehmen besitzen und diese auch nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten führen. Am stärksten wird dieser Zug zum unternehmerfreundlichen Denken der Gewerkschaften in der prinzipiellen Anerkennung des privaten Unternehmertums spürbar. Der in der Nachkriegszeit als selbstverständlich angesehene Trend zur Überführung von Produktionsunternehmen in die öffentliche Hand ist vorbei.

Dabei soll nicht verkannt werden, daß die Gewerkschaften wie auch viele Mitglieder der sozialistischen Partei dem Unternehmertum weiterhin mißtrauisch gegenüberstehen und jede Entgleisung im Verhalten von Unternehmern manchmal genüßlich hervorheben, vor allem als Beweis für die „Unmoral des kapitalistischen Privateigentums“.

Die Unternehmer gehören eben einer Elite an: Sie werden dabei besonders scharf beobachtet und auch angegriffen; damit teilen sie

das Schicksal elitärer Gruppen, ob das nun Politiker, Professoren oder ähnliche sind. Außerdem wirkt die Gesinnung des 19. Jahrhunderts als traditionelle Kraft noch nach, ist aber, von temporären Ausbrüchen abgesehen, im Schwinden.

An die eben beschriebene, sich verändernde und bisher dem Unternehmer gegenüber zumindest mißtrauisch-abwartende Haltung der Gewerkschaften und verwandter Gruppen anschließend, soll auch die andere Position des Unternehmensführers betrachtet werden. Dem Leiter einer selbständigen Firma als Person sowie dem Topmanager kommen neue Positionen gegenüber der Gesamtgesellschaft zu. Bis zur Mitte dieses Jahrhunderts stand der Unternehmer, der Tradition des 19. Jahrhunderts noch spürbar unterworfen, seinen Mitarbeitern als Chef gegenüber; für die Anliegen fremder Arbeitnehmer und öffentlich Bediensteter zeigte er wenig Verständnis, obwohl es auf dem sozialen Sektor zahlreiche Bemühungen einzelner Persönlichkeiten gab. Da nun die meisten Menschen, zumindest in unseren Breiten, wirtschaftlich zu denken gelernt haben, hat sich auch ihre Einstellung zu den einzelnen Unternehmen und somit auch zu den Leitern von Betrieben verändert. Man betrachtet die Unternehmen nicht als fremde Macht und die Unternehmer nicht als Feinde, sondern als Teil der gesamten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung des Staates und steht ihnen und ihren Entscheidungen verständnisvoll gegenüber, lehnt sie nicht mehr als „Ausbeuter“ ab und ist schlimmstenfalls relativ gleichgültig gegenüber den Vorhaben der Unternehmensleitung, sofern man selbst nicht gefährdet ist. Das bedeutet allgemein ein verstärktes Interesse; es ist ein Wille, mitzugestalten, vorhanden (um das Wort „mitentscheiden“, das viel problematischer ist, zu vermeiden).

Die einzelnen Betriebe erleben diesen Willen in der täglichen Praxis, aber auch bei der Behandlung grundsätzlicher und weitreichender Entscheidungen, wo eingehendes Verstehen bei der Erörterung von wichtigen Führungsfragen notwendig ist; selbstverständlich wird ein Gewerkschafter oder Betriebsrat die besonderen Anliegen seiner Leute vertreten, aber er wird allein durch das Mitwirken bei Entscheidungen zumindest Verständnis für die wirtschaftlichen Fragen haben.

Damit ist der Unternehmer, gleichgültig, ob Eigentümer oder Angestellter, etwas anderes geworden: er muß demnach zu seiner Überlegenheit in Fachfragen oder reinen Managementangelegenheiten

auch ein großes Maß an politischen Führungsqualitäten haben, etwas, das man, scheinbar veraltet, als Charisma bezeichnet.

Mit diesem politischen Führungsverhalten ist die soziale Verantwortung gemeint. Demnach darf es für einen Unternehmer kein Abseitsstehen in der Politik geben, er muß sich bekennen und seine Position darlegen; alles andere wird als Feigheit oder Rückständigkeit ausgelegt. Darin liegt auch die soziale Verantwortung der Unternehmerverbände begründet; so treffen sich in diesem Punkt Einzelunternehmer und Unternehmerorganisation. So wie die Sozialverantwortung des Unternehmers sich nicht in Patriarchalismus oder in wehleidigem Nachgeben gegenüber Forderungen erschöpfen darf, so hat auch der Unternehmerverband eine eiserne Regel darin zu sehen, daß er seine Aufgaben deutlich erkennt und als Verband die gesamtpolitischen Aufgaben durchführt, wozu auch gesellschaftspolitisches Verstehen gehört.

Die Sozialverantwortung des Unternehmers hat sich somit deutlich verschoben. Er muß innerhalb des Betriebes weniger soziale Rücksicht nehmen, da diese Aufgabe weitgehend vom Betriebsrat und ähnlichen Organen übernommen wurde; er braucht also weder patriarchalische Züge, noch solche von „human relations“ — das kann der betreffende Unternehmer als persönlichen Stil weiterführen —, er ist Chef und Partner zugleich. Seine soziale Verantwortung innerhalb des Betriebes resultiert daraus; aber viel stärker muß er gesellschaftspolitisch agieren und nicht bloß auf Herausforderungen politischer oder gesellschaftlicher Art reagieren, was häufig die erste Stufe zur Resignation ist.

Der Unternehmer muß sich öffentlichen Aufgaben oder öffentlicher Verantwortung verstärkt zuwenden. Und in diesem Punkt liegt die ungeheuer wichtige Rolle jeder „Industriellenvereinigung“. Sollte diese sich nur auf bloße Interessenvertretung (in der ganzen Enge dieses Wortes) beschränken, hätte sie kein Anrecht auf Weiterleben in einer Gesellschafts- und Staatsordnung, die durch Integration des Gesamtvolkes den Charakter einer Klassengesellschaft überwunden hat. Jede Gruppe, gleichgültig, ob sie Unternehmer (selbständige oder unselbständige) oder Arbeitnehmer oder Freiberufler vertritt und dabei nur Interessenpolitik als Programm hat, wird unglaublich. Je größer der Verantwortungsbereich der Mitglieder einer Interessengruppe ist, der bei Unternehmern eben sehr hoch liegt, umso wichtiger und gewichtiger ist ihre Verantwortung gegenüber der Gesellschaft. In dieser Verantwortung gegenüber der Gesamtgesellschaft liegt die heutige

soziale Verantwortung des Unternehmers und seiner Verbände. Das zu erkennen ist notwendig und für Menschen, denen die historische Dimension vertraut ist, leichter zu verstehen, als für solche, deren Denken sich ausschließlich auf den Alltag richtet.

Freie und genossenschaftliche Interessenvertretungen der gewerblichen Wirtschaft in Österreich vor 1918

Vorbemerkungen

Es versteht sich heute für den Historiker, der sich mit gesellschaftlichen Gebilden wie etwa Interessenverbänden beschäftigt, von selbst, daß es ihm auch um die Klärung soziologischer und politologischer Fragestellungen geht und er sich daher der Methoden dieser Wissenschaften bedient. Er hätte demnach Typologien zu bilden, seinen Gegenstand in größere Komplexe wie das politische System insgesamt einzuordnen und ihn damit in seinen Bedingungen und Funktionen zu erfassen. (1) Wollte man ein solches Programm mit aller dabei unerläßlichen empirischen Akribie durchführen, so ließen Resultate auch bei nicht geringem Fleiß länger auf sich warten als dies vertretbar ist, wenn man einer ersten Bestandsaufnahme, die zumindest punktuell den genannten Anforderungen zu genügen versucht, einen gewissen Wert nicht abspricht. Als solche sind die folgenden Ausführungen zu verstehen. (2)

Vormärz, Revolution und Neoabsolutismus

Die durch den Industrialisierungsprozeß gekennzeichnete wirtschaftliche Entwicklung seit dem späten 18. Jahrhundert brachte es mit sich, daß die sie tragenden bürgerlichen Schichten nach der Organisierung ihrer Interessen in Vereinen strebten. Das politische System des Vormärzes ließ jedoch eine derartige freie Betätigung nicht ohne weiteres zu, und so ist für die ersten wirtschaftlichen Vereinsgründungen charakteristisch, daß sie, um die erforderliche behördliche Genehmigung zu erlangen, stark ihre patriotischen Zielsetzungen hervorkehrten und einen hohen Anteil an aristokratischen Mitgliedern aufwiesen. (3)

Nach einigen mißglückten und einigen kurzlebigen Vereinsgründungen in den beiden ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts wurde 1829 in Böhmen der erste wirkliche Industrieverein gegründet, der

Verein zur Ermunterung des Gewerbsgeistes in Böhmen. Die Mittel zur Erreichung des Vereinszweckes waren auch weitgehend für die bald folgenden Gründungen charakteristisch, und sie sollen hier daher im einzelnen angeführt werden: „1. die technische Belehrung der gewerbebetreibenden Klasse durch a) öffentliche Ausstellungen der inländischen Gewerbezeugnisse, b) Erwerbung und Vorzeigen von Musterstücken, c) Mitteilung in- und ausländischer Erfindungen, Verbesserungen und Abhandlungen durch eine technische Zeitschrift. 2. Belohnung technischer Aufgaben durch Geld und andere Preise. 3. Auszeichnung für technische Leistungen nach dem Ergebnis der Gewerbeausstellungen.“ (4)

Im Jahr 1837 kam es in Graz unter der Ägide des Erzherzogs Johann zur Gründung eines *Vereins zur Beförderung und Unterstützung der Industrie und der Gewerbe in Innerösterreich*, wobei der Anstoß interessanterweise von der Steiermärkischen Landwirtschaftsgesellschaft ausgegangen war. (5) Dieser Verein dehnte seine Tätigkeit nach Kärnten und Krain, bald auch nach Oberösterreich und Salzburg aus. (6) Nach der Aufstellung allgemeiner Grundsätze für die Behandlung der Gewerbevereine durch die Hofkanzlei wurde nach langwierigen Verhandlungen im Jahr 1839 die im Anschluß an die Wiener Gewerbeausstellung von 1835 erbetene Genehmigung zur Gründung des *Niederösterreichischen Gewerbevereins* erteilt. (7) Während die Initiative dieses, wie sich bald erweisen sollte, für lange Zeit wichtigsten Vereins von Bürgerlichen ausgegangen war, so gehörten ihm doch neben Industriellen, Gewerbetreibenden und Kaufleuten zahlreiche Mitglieder des Adels, der Armee, der Beamtschaft sowie der gelehrten Berufe an. Dieser Rekrutierung korrelierte denn auch die Haltung des Niederösterreichischen Gewerbevereins während des Revolutionsjahres 1848: Er wagte sich dadurch am weitesten vor, daß er eine an den Kaiser gerichtete Adresse verabschiedete, welche die Forderung enthielt, daß der Staat den Interessen der „Stände und Bürger“ entgegenkomme. (8) Während der Periode des Neoabsolutismus traten die Handelskammern als Sprachrohre der gewerblichen Wirtschaft in den Vordergrund. Der wichtigste Gewerbeverein, der niederösterreichische, beschäftigte sich indes erst ansatzweise – und zwar vor allem im Zusammenhang mit der Schaffung der Gewerbeordnung – mit der Vertretung wirtschaftlicher Interessen gegenüber dem Staat, und er beschränkte sich sonst auf das bisherige Tätigkeitsgebiet der Gewerbevereine, die Verbreitung besserer Produktionsmethoden und das Ausstellungswesen. (9)

Bestanden in Österreich im Jahr 1857 erst zehn Interessenverbände der gewerblichen Wirtschaft, (10) so induzierte die 1860 einsetzende Epoche der konstitutionellen Monarchie, vor allem aber das Vereinsgesetz von 1867 deren rapide Entwicklung. Um 1882 waren es schon 86, und zwar neben den stark angewachsenen regionalen Gewerbevereinen bereits zahlreiche industrielle Fachverbände sowie auch kleingewerbliche Organisationen. (11)

Konstitutionelle Monarchie

1. Industrie

Für den Anfang dieses Zeitraumes sind im Bereich der Industrie Organisationsgründungen charakteristisch, die der Vertretung wirtschaftlicher Interessen gegenüber dem Staat dienten. (12) Die ersten dieser industriellen Fachverbände wurden zwar schon vor 1848 gegründet, die Entstehung der Organisationen, die dauernden Bestand hatten, setzte indes – sieht man von der Gründung des *Centralvereins für Rübenzuckerindustrie* im Jahr 1845 ab – erst mit den siebziger Jahren ein. (13) So wurde 1872 der *Verein der Österreichisch-ungarischen Papierfabriken* geschaffen, (14) im selben Jahr der *Verein der Baumwollspinner*, 1873 der *Verein der Montan-, Eisen- und Maschinenindustriellen*. (15) In diesen Jahren entsteht auch die erste, Bestand habende, zentrale wirtschaftliche Korporation: Nach der nur wenige Jahre andauernden Tätigkeit des 1860 gegründeten *Vereins der österreichischen Industriellen* (16) wurde zum Schutz der erst in Entstehung begriffenen heimischen Industrie vor der ausländischen Konkurrenz, der auf Grund der Freihandelspolitik der Regierung keine ausreichenden Schranken gesetzt waren, am 18. März 1875 der *Industrielle Klub* gegründet. (17) Die Initiative ging von Wilhelm von Gutmann aus, dem es gelang, zur Wahrung und Förderung der österreichischen Industrie 67 angesehene Großindustrielle zusammenzuführen. Der Kampf gegen den Freihandel bildete gleichwohl zunächst das zentrale Verbandsziel.

In den achtziger und neunziger Jahren setzte sich die Gründung der industriellen Fachverbände fort. Können diese hier auch nicht im einzelnen betrachtet werden, so sei doch festgehalten, daß es bis zum Ersten Weltkrieg kaum mehr eine Branche gab, die einer das ganze Staatsgebiet abdeckenden wirtschaftlichen Korporation entbehrte. Hinzu traten Organisationen dieses – wirtschaftlichen – Typs mit territorialer oder lokaler Begrenzung. (18)

Zur besseren Durchsetzung der Ziele der einzelnen industriellen Verbände, wobei vor allem an die Abstimmung der oftmals widerstreitenden Anschauungen bei der Abgabe von Gutachten an die Regierung gedacht war, wurde 1892 der *Zentralverband der Industriellen Österreichs* gegründet. Die Anregung dazu war vom Präsidenten des im Frühjahr 1891 gegründeten *Verbandes der Baumwoll-Industriellen Österreichs*, Friedrich Leitenberger, ausgegangen. (19) Die Entfaltungsmöglichkeiten dieses Zentralverbandes waren zunächst dadurch eingeschränkt, daß nach seinen Satzungen die Geschäfte nicht kontinuierlich, sondern von einem bei dem jährlich zu veranstaltenden Verbandstag, dessen Vorbereitung und Abhaltung die Haupttätigkeit des Zentralverbandes zunächst darstellte, zu wählenden Mitgliedsverband zu führen waren. Am 5. Verbandstag (15. Juni 1896) wurde die Errichtung eines *Ständigen Büros*, die Wahl eines eigenen Präsidenten für den Zentralverband (bisher war der Präsident des geschäftsführenden Verbandes auch Präsident des Zentralverbandes gewesen) und die Erweiterung der Beitrittsmöglichkeit von Fachverbänden auf territoriale oder lokale Vereinigungen, die dem Schutz der Industrie allgemein dienen wollten, beschlossen. (20)

Trotz dieser organisatorischen Verbesserungen konstituierte sich noch im Jahr 1896 ein vor allem aus Unternehmern der Wiener Maschinenindustrie zusammengesetztes „Industrielles Aktionscomité“, das den bestehenden Organisationen der österreichischen Industrie zum Vorwurf machte, daß diese sowohl gegenüber der Regierung als auch gegenüber der sozialdemokratischen „Agitation“ unter der Arbeiterschaft zu wenig hart aufgetreten seien. (21) Das Verhältnis von Zentralverband und Aktionskomitee war zunächst durch eine scharfe Polemik gekennzeichnet, wobei der Zentralverband bemüht war, seine während der letzten Jahre zumal im Bereich der Einflußnahme auf die Sozialpolitik gesetzten Aktivitäten sowie den Wert der von ihm betriebenen „Organisation“ gegenüber der „Agitation“ des Aktionskomitees herauszustellen. (22)

Nach einigen Monaten reger Versammlungstätigkeit, die vom Zentralverband weiterhin mit Mißtrauen beobachtet wurde, (23) schritt das Aktionskomitee zur Umwandlung in einen *Bund Österreichischer Industrieller*. (24) Am 14. November 1897 kam es zur konstituierenden Versammlung. Das Programm machte es zur Hauptaufgabe, „alle der Industrie entgegenstehenden Hemmnisse zu beseitigen, den der Industrie feindlichen Kräften und Faktoren energisch entgegenzuarbeiten, und zwar rücksichtslos nach oben und nach unten“. (25)

Der Bund beruhte auf persönlicher Mitgliedschaft und setzte sich – entgegen der ursprünglich beabsichtigten fachlichen Gliederung (26) – aus territorialen Sektionen sowie Mitgliedern zusammen, die keiner Sektion angehörten. Der Mitgliederstand machte ziemlich rasche Fortschritte. Am Tage der Gründung gehörten dem Verein 302 Mitglieder mit 28 700 Arbeitern an, 1907 waren es 2341 Mitglieder mit beinahe 400 000 Arbeitern. (27) Besonderes Gewicht legte der Bund auf die Einrichtung eines mit mehreren fachlich hochqualifizierten Sekretären besetzten Büros. (28)

Der Zentralverband fand sich bald mit der vollendeten Tatsache ab und begrüßte sogar „die Konstituierung des neuen Bundes als ein neuerliches Zeichen für das Organisationsbedürfnis der Industrie“. (29) Es dauerte nicht lange, da trat der Bund Österreichischer Industrieller, nachdem der Industrielle Klub dies bereits 1896 getan hatte, (30) dem Zentralverband als Mitglied bei. (31) Der Zentralverband machte im Stand seiner Mitglieder im übrigen generell einige Fortschritte: Gehörten ihm im Gründungsjahr 12 Verbände an, so waren es 1897 bereits 28, (32) 1898 31, (33) 1904 45 (34) und 1912 schließlich 63. (35) Organisatorisch hielt er noch längere Zeit an der ausschließlichen Mitgliedschaft von Verbänden fest. (36) Erst anlässlich des 22. Verbandstages im Jahr 1909 kam es zu einer Angleichung an das Organisationsprinzip des Bundes. (37)

Auch in der Verbandsstrategie bestanden zwischen den beiden Organisationen Unterschiede. In der Zeitschrift „Die Industrie“ wurde dies einmal so formuliert: „Der Zentralverband vereinigt die Verbände zu fachlichen Beratungen, der Bund die Einzelfirmen zu agitatorischer Tätigkeit.“ (38) In seinem Verhältnis zur Regierung war der Zentralverband eher skeptisch und vertraute auf das Prinzip der Selbsthilfe, (39) während der Bund vor allem zur Zeit der Regierung Koerber engste Kontakte zu Regierungsstellen knüpfte, (40) das Parlament aber zur Zielscheibe seiner Angriffe machte. (41)

Fanden die industriellen Verbände auch im Industrierat und in den anderen um die Jahrhundertwende von der Regierung für die verschiedensten Bereiche staatlicher Entscheidung geschaffenen Beiräten Gelegenheit zu Vertretung und Wirkung, (42) so konnte dies sowie die offensichtlich erfolgreicher werdende Intervention bei den Zentralstellen (43) angesichts der trotz Sistierung und Obstruktion immerhin doch bestehenden Gesetzgebungsgewalt des Parlaments zur Durchsetzung der industriellen Interessen nicht genügen. Vor allem seit der Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes im Jahr 1907,

welche die Handelskammern ihrer parlamentarischen Vertretung beraubte, stellen die industriellen Spitzenverbände Überlegungen bezüglich einer Einwirkung auf die Zusammensetzung und die Meinungsbildung des Abgeordnetenhauses an. So wurde Anfang 1907 – wie es hieß als Gegengewicht zum sozialdemokratischen Zentralwahlfonds – ein solcher der Industrie geschaffen. (44) Nach der Reichratswahl von 1907 forderte der Vizepräsident des Bundes, Heinrich Vetter: „Wir müssen unsere wirtschaftlichen Interessen unter der Flagge von politischen Fragen verfechten“ und knüpfte daran den Wunsch nach Schaffung einer breiten, gegen die Sozialdemokratie gerichteten bürgerlichen Front von Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft. (45) Indes kam es in Österreich trotz Ansätzen zu keinem „Kartell der schaffenden Arbeit“ nach reichsdeutschem Muster, (46) vielmehr blieb der Kampf gegen den – wie beklagt wurde – herrschenden Agrarismus so sehr im Vordergrund, daß im Jahr 1911 sogar eine gegen diesen gerichtete *Wirtschaftliche Zentrale für Gewerbe, Handel und Industrie* ins Leben gerufen wurde. (47) Als parallele Organisation zur Koordination der politischen Betätigung entstand das sogenannte *Achterkomitee*. (48) Hauptinitiator dieser Aktionen war der Vizepräsident des Industriellen Klubs, Karl Chiari, der auf der parlamentarischen Ebene als Abgeordneter 1907 die bereits 1901 in bescheidenem Rahmen geschaffene *Freie Industrielle Vereinigung* neu belebte. (49) Seinem Rufe leisteten bald 73 Abgeordnete Folge, die, und das signalisierte einen bedeutenden Wandel, zum Großteil deutsch-radikal und sogar christlich-sozial waren, während die Deutschfortschrittlichen die Minderheit bildeten. (50) Der gelegentlich ventilierte Gedanke der Gründung einer eigenen Industriepartei oder der Festlegung der Industrie auf das Programm einer einzigen Partei wurde indes zugunsten der Unterstützung der verschiedenen Parteien „mit wirtschaftlichem Geiste“ aufgegeben. (51)

Beruheten die eben dargestellten politischen Aktivitäten auch auf einem hohen Maß an Zusammenarbeit der industriellen Spitzenorganisationen, so war deren Verhältnis doch sehr wechselhaft. Im Mai 1900 trat der Bund aus dem Zentralverband aus, (52) um die Wende von 1901 auf 1902 wurden jedoch unter dem Vorsitz des „Altmeisters“ des industriellen Verbandswesens, Alexander von Peez, gemeinsame Sitzungen der Präsidien und Büros des Bundes, des Zentralverbandes und des Klubs abgehalten, die die Anbahnung einer Kooperation in verschiedenen gemeinsamen Fragen zum Ziele hatten. (53) Am 22. Jänner 1903 fand nach mehreren Beratungen der drei zentralen industriell-

len Verbände über die Frage einer gemeinsamen Organisation die Gründung eines gemeinsamen *Ständigen Ausschusses* statt, dem insbesondere die einvernehmliche Beratung aller Angelegenheiten von Wichtigkeit und grundsätzlicher Bedeutung sowie die Vertretung der Gesamtindustrie gegenüber Gesetzgebung und Verwaltung oblagen. (54) Bald wurde selbst die Weiterentwicklung des Ständigen Ausschusses zu einem Reichsverband der österreichischen Industrie diskutiert, (55) allerdings erwies sich die von mancher Seite angestrebte Fusion bis zum Weltkrieg als nicht realisierbar. (56) Im Jahr 1913 trat der Bund wegen einer Meinungsverschiedenheit mit dem Zentralverband in der Frage der Arbeitgeberorganisation sogar aus dem Ständigen Ausschuss aus. (57)

Die Darstellung des Typus der wirtschaftlichen Korporation im Bereich der Industrie abschließend, bleibt noch eine zentrale Organisation zu erwähnen, und zwar die 1910 gegründete *Industrielle Vereinigung*, die es sich zur Aufgabe machte, „in dem industriellen Nachwuchs das Interesse und Verständnis an den Fragen der Industrie und ihrer Organisation wachzurufen und zu fördern“. (58)

Den zweiten Typus der industriellen Verbände stellten jene dar, die vor allem seit dem letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts zur Abwehr der sich ständig verstärkenden Tätigkeit der Gewerkschaften gebildet wurden. Sie waren zunächst weitgehend branchenübergreifend für bestimmte Territorien oder Orte organisiert. Zu den ersten gehörte der *Verband der Industriellen von Bielitz-Biala und Umgebung*, der 1890 gegen sozialdemokratische Agitationen zur Vorbereitung von 1.-Mai-Feiern gegründet worden war. (59) 1894 entstand die *Vereinigung zur Wahrung industrieller und gewerblicher Interessen in Reichenberg und Umgebung*, (60) 1897 folgte der *Verband der Industriellen von Neunkirchen, Baden, Mödling, Wiener Neustadt und Umgebung*, (61) und 1906 nach anderen Gründungen der *Wiener Industriellen Verband*. (62)

Daneben machten ältere wirtschaftliche Korporationen einen Funktionswandel zu Arbeitgeberverbänden durch. Als solcher konstituierte sich 1904 etwa der *Verein der Woll-Industriellen Mährens*, der bereits 1883 als wirtschaftliche Korporation gegründet worden war. (63) Diese von kompetenter Seite als ineffizient kritisierte Doppelfunktion (64) übte auch der Bund österreichischer Industrieller aus, der sich – wie erwähnt – von Anfang an neben seinen wirtschaftlichen Zielsetzungen die Abwehr ihm unberechtigt erscheinender gewerkschaftlicher Ansprüche zur Aufgabe gemacht hatte. (65)

Im Jahr 1905 kam es zu Erwägungen, eine zentrale industrielle Arbeitgeberorganisation zu gründen. Der Beitritt zu der neben der Industrie auch Handel und Gewerbe einschließenden *Vereinigung der Arbeitgeber Österreichs* (gegründet 1905) wurde zwar vom Ständigen Ausschuss der drei zentralen industriellen Verbände zurückgewiesen. (66) Nach einem Vortrag des Generalsekretärs des Arbeitgeberverbandes von Hamburg-Altona, Freiherrn von Reiszitz, über die Arbeitgeberorganisation im Deutschen Reich in der Generalversammlung des Bundes österreichischer Industrieller ergriff dieser die Initiative und trat an die anderen industriellen Verbände wegen Schaffung einer zentralen Arbeitgeberorganisation heran. In einer Delegiertenversammlung des Bundes und des Zentralverbandes am 21. März 1906 wurden die entsprechenden Grundsätze, welche die Präsidien beider Körperschaften vorberaten hatten, einhellig angenommen. (67) Am 6. April 1906 fand bereits die konstituierende Sitzung der *Hauptstelle der Arbeitgeberverbände* statt. (68) Ihr gehörten zunächst mehrere Mitgliedsverbände des Zentralverbandes und die meisten, ab 1913 sämtliche Sektionen des Bundes sowie einige weitere Territorialverbände an. (69)

Während jedoch der Zentralverband seit der Schaffung der Hauptstelle, die sich übrigens bald in *Hauptstelle industrieller Arbeitgeber-Organisationen*, später in *Hauptstelle österreichischer Arbeitgeber-Organisationen* umbenannte, auf jede eigene arbeitgeberische Interessenvertretung verzichtete, war der Bund zu solcher Abstinenz nicht bereit, was zu manchen Reibereien Anlaß gab. (70) Die rigorose Trennung der beiden Organisationstypen, wie sie manchem vorschwebte, wurde also nicht realisiert. (71)

Die Agenden der Hauptstelle, der über ihre Mitgliedsverbände bald 3000 Betriebe mit 450 000 Arbeitern angehörten, bewegten sich nach ihrer Selbstinterpretation vor allem auf den Gebieten Interventions-tätigkeit, organisatorische Arbeit, Agitation, statistische Arbeiten, Einflußnahme auf die Rechtssprechung sowie Schaffung von Einrichtungen und Behelfen für die gesamte Arbeitgeberschaft. (72) Die zeitgenössische sozialdemokratische Publizistik warf den Arbeitgeberverbänden und insbesondere der Hauptstelle vor, statt gegen die „Zünftler“ und Agrarier vorzugehen, gegenüber den eigenen Arbeitern zumal bei der Bekämpfung von Streiks Scharfmacherei zu betreiben. (73)

2. Gewerbe

Die durch den Industrialisierungsprozeß verursachte Zurückdrängung der kleingewerblichen Produktionsweise fand ihren Niederschlag in

Protestbewegungen der davon betroffenen gesellschaftlichen Gruppen. Es entstand die sogenannte „gewerbepolitische Bewegung“ (Naske). (74) Sie prägte auch das gewerbliche Verbandsleben dieser Zeit, das formal in gesetzliche und freie Organisationen gegliedert war.

Gesetzliche Organisationen stellten die durch die tendenziell liberale Gewerbeordnung von 1859 als wenn auch nicht rechtliche, so doch faktische Nachfolger der ineffizient gewordenen Zünfte eingeführten *Gewerbevereine* dar. Sie hatten für die gleiche oder verwandte Gewerbe in einer oder in nachbarlichen Gemeinden Ausübenden Pflichtcharakter und sollten der Pflege des Gemeingeistes, der Erhaltung und Hebung der Standesehre sowie der Förderung der humanitären, wirtschaftlichen, sozialen und Bildungsinteressen ihrer Mitglieder und Angehörigen dienen. (75) Die Gewerbenovelle von 1883 brachte die Entbindung der Industrie vom bisher auch für sie bestehenden Beitrittszwang und die Einführung gesonderter Gehilfenverbände, (76) doch waren – wie ein Autor angibt – die Genossenschaften angesichts der Interesselosigkeit und Unzufriedenheit ihrer Mitglieder wohl weiterhin zu einem Scheindasein verurteilt. (77) Vor allem seit den neunziger Jahren entstanden Genossenschaftsverbände, die sowohl den Charakter von Territorial- als auch von Fachverbänden erhalten konnten. Die Gewerbeordnungsnovelle von 1907 sah den Zusammenschluß von Genossenschaften oder die Vereinigung von Verbänden zu Verbänden höherer Ordnung vor und eröffnete auch bereits die Möglichkeit zur Verleihung des Charakters eines Pflichtverbandes. (78) Nachdem sich einige Reichsverbände bestimmter Gewerbe gebildet hatten, wurde 1909 auf Initiative von August Einspinner der *Reichsverband der (gewerblichen) Territorial- und Fachverbände Österreichs* und danach der *Reichshandwerkerrat* als Spitzenorganisationen gegründet. (79)

Zu einem Kristallisationspunkt der Bewegung des Gewerbes wurde der 1864 gegründete und 1868 in seinen Statuten dem neuen Vereinsgesetz angepaßte *Wiener Gewerbevereinstag*, der sich aus den Vorstehern der Genossenschaften zusammensetzte. Er befaßte sich – zunächst noch unter einigermaßen liberalen Vorzeichen – mit Fragen der Reorganisation des Gewerbewesens und mit wirtschaftlichen und politischen Fragen des Gewerbestandes. (80) Im Jahr 1896 ging aus ihm der *II. Verband der niederösterreichischen Gewerbevereine* hervor. (81) Die sechs bis 1899 abgehaltenen, allgemeinen österreichischen Gewerbetage gerieten mehr und mehr unter seinen Einfluß, wobei zunehmend antisemitische Tendenzen, in-

transigenz gegenüber konkurrierenden Organisationen sowie die Patronanz durch die Christlichsoziale Partei deutlich wurden. (82) Während die Tätigkeit des *Verbandes der Wiener Gewerbevereine*, wie er schließlich hieß, bis 1906 eine sehr rege war, flaute sie wohl auf Grund des Gewichts, das die Christlichsoziale Partei mittlerweile im Parlament wie auch im Wiener Rathaus erlangt hatte, danach ab. (83)

Andererseits wurde zu dieser Zeit auf Anregung des Führers der Christlichsozialen Partei Dr. Karl Lueger, eine freie Organisation des Gewerbes gegründet, der *Deutsch-österreichische Gewerbebund*. Er konstituierte sich in einer Versammlung am 1. Juli 1908 zunächst als Reichsorganisation. (84) Ein erfolgreicher Aufbau von Ortsgruppen erfolgte dann aber bloß in Wien und im übrigen Niederösterreich. (85) In diesen ideologischen Umkreis gehören auch zwei bereits in den achtziger Jahren von antisemitischen gewerblichen Reformern gegründete Vereine, und zwar die *Gesellschaft zum Schutze des Handwerks* (gegründet 1881) und der *Österreichische Reformverein* (gegründet 1882). (86)

Die Bewegung des Gewerbes zog auch einen gewissen Wandlungsprozeß der Gewerbevereine nach sich. Vor allem der *Verein zur Ermunterung des Gewerbsgeistes in Böhmen* (87) und der *Mährische Gewerbeverein* (88) machten sich deren Ziele zueigen. Seit Anfang der achtziger Jahre veranstalteten die Gewerbevereine die bereits erwähnten allgemeinen österreichischen Gewerbetage, deren zunehmende Radikalisierung sie allerdings nicht mitmachen wollten. (89) Sie gründeten daher 1884 eine *Delegation der österreichischen Gewerbevereine*, die „von der Partei des Genossenschaftstages mit den gehässigsten Angriffen begrüßt“ wurde. (90)

Der Niederösterreichische Gewerbeverein begegnete den neuen Entwicklungen mit einer von seinen liberalen Traditionen geprägten Skepsis. Er ließ sich etwa nicht in dem erwarteten Maße zur Unterstützung der von dem durchaus gemäßigten Heinrich Reschauer ins Leben gerufenen Gewerbepartei herbei. (91) Nachdem aber die von uns dargestellte Gründung der industriellen Interessenverbände seinem lange in der Hauptstadt des Reiches geltenden umfassenden Vertretungsanspruch der gewerblichen Wirtschaft ein Ende gesetzt hatte, (92) profilierte sich der Niederösterreichische Gewerbeverein eindeutiger als Organisation des Gewerbes. (93) Er hatte auch einen nicht unerheblichen Anteil an der Ende 1903 erfolgten Gründung des *Reichsverbandes der deutschen Gewerbevereine Österreichs*. (94) Diesem gehörten von

den 91 deutschen Gewerbevereinen, die 1903 in Österreich bestanden, (95) im Jahr 1911 38 Vereine an. (96) Der Reichsverband hielt bis zum Ersten Weltkrieg insgesamt sechs Kongresse ab, auf denen in durchaus gemäßigter Weise wirtschaftliche Probleme diskutiert wurden. (97) Gelang es dem Niederösterreichischen Gewerbeverein nicht, sein Image als „Organisation der altliberalen Gewerbetreibenden, die freilich schon mehr das kleine Fabrikantentum repräsentierten“ loszuwerden, (98) so vermochte auch der Reichsverband nicht, als eindeutig gewerbliche Organisation anerkannt zu werden. Während er im Industrierrat vertreten war, wurde er nicht in den Gewerberat aufgenommen. (99)

Dem Niederösterreichischen Gewerbeverein gelang mit Unterstützung durch die Hauptstelle österreichischer Arbeitgeberorganisationen die Schaffung einer zentralen Interessenvertretung der gewerblichen Arbeitgeber. (100) Am 4. November 1908 fand die konstituierende Vollversammlung dieser neuen, *Österreichischer Arbeitgeber-Hauptverband* genannten Organisation statt, der es allerdings nicht gelang, ihr Ziel, die Zusammenfassung aller Arbeitgeber des Gewerbes, zu erreichen. (101) Eine Kooperation der zentralen gewerblichen Organisationen gelangte vor dem Weltkrieg nicht über erste Ansätze hinaus. Der Anstoß zu einer solchen ging vom Niederösterreichischen Gewerbeverein resp. vom Reichsverband der Gewerbevereine aus. Als Partner traten neben dem letzteren der Reichshandwerkerrat (bzw. der Reichsverband der Genossenschaftsverbände höherer Ordnung) und der Deutsch-österreichische Gewerbebund auf. (102) Der im Rahmen der industriellen Verbände bereits erwähnten Wirtschaftlichen Zentrale für Gewerbe, Handel und Industrie stand der Reichsverband der Gewerbevereine prinzipiell positiv gegenüber, (103) während uns in dieser Frage bezüglich der anderen gewerblichen Organisationen keine Angaben vorliegen.

3. Handel

So wie beim Gewerbe war auch beim Handel zwischen Organisationen, die gemäß der Gewerbeordnung auf Zwangsmitgliedschaft beruhten, und freien Vereinen zu unterscheiden.

Der erste Typus war im allgemeinen in Handelsgenossenschaften und in Gremien gegliedert, wobei – als Resultat eines längeren Strafungsprozesses – diesen die protokollierten Kaufleute und jenen die nichtprotokollierten Kaufleute angehörten. So standen etwa in Wien gegen Ende des hier darzustellenden Zeitraumes einander drei jeweils

für bestimmte Bezirke zuständige Zwangsorganisationen der nichtprotokollierten Kaufleute und das *Gremium der Wiener Kaufmannschaft* gegenüber. (104) Obwohl also die territorial integrierte zweigleisige Organisation vorherrschte, gab es doch auch verschiedene Fachhandelsgenossenschaften und Fachgremien. (105)

Genossenschaftsverbände des Handels gelangten nicht erst seit der Gewebenovelle von 1907, die ihnen – wie erwähnt – eine besondere Förderung zukommen ließ, zur Gründung. Der *Landesverband der Provinz-Handels-Gremien und Genossenschaften Niederösterreichs* etwa wurde bereits 1899 geschaffen. (106) Im Jahr 1906 wurde – zunächst auf Vereinsbasis – ein *Reichsverband der kaufmännischen Verbände und Handelsgenossenschaften Österreichs* gegründet, der sich am 22. November 1909 nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung konstituierte. Er erfaßte einen Großteil der Kleinhändler der deutschsprachigen Gebiete Österreichs. (107)

Als Spitzenorganisation der Großkaufleute konstituierte sich am 26. April 1908 der *Zentralverband österreichischer Kaufleute*, dem sowohl Gremien als auch freie Vereine angehörten. (108) Zu diesen ist zunächst zu bemerken, daß die Gewerbevereine sich auch als Vertretung des Handels verstanden. Es gab ferner in fast allen Kronländern zwischen 1867 und den Jahren vor dem Weltkrieg gegründete kaufmännische Vereine, unter denen der 1870 gegründete *Wiener Kaufmännische Verein* eine besonders prominente Stellung innehatte. (109) Daneben bestand noch eine Reihe von regionalen und überregionalen Fachverbänden des Handels. (110) Als lokale Organisation der Detailhändler war 1889 der *Verein gelernter Kaufleute im Genossenschaftsbezirk Hernals* gegründet worden, aus dem der *Verein der Kaufleute Österreichs* und 1913 schließlich die *Reichsorganisation der Kaufleute Österreichs* hervorging. (111)

Erster Weltkrieg

Der zu einem hohen Entwicklungsstand gelangten Repräsentation und Intervention seitens der Interessenverbände der gewerblichen Wirtschaft sowohl in den Beiräten als auch in den Ministerien, Statthaltereien, Gemeindeverwaltungen sowie im Parlament wurde durch den Ausbruch des Ersten Weltkrieges zunächst ein jähes Ende gesetzt. (112) Es waren vor allem die drei zentralen industriellen Verbände, die sich alsbald um die Sicherung des Einflusses der wirtschaftlichen Kor-

poration auf den politischen Entscheidungsprozeß bemühten. (113) Offensichtlich nicht ganz ohne Erfolg, da etwa Ende 1915 die Schaffung eines fachlichen Beirates für die Regierung diskutiert wurde, der freilich als „Sonderparlament“ Zielscheibe für heftige Kritik abgab. (114) Erst 1917 wurde tatsächlich im Hauptausschuß für Kriegs- und Übergangswirtschaft ein vergleichbares Organ – allerdings unter Einbeziehung der Arbeitnehmervertreter – geschaffen. (115)

Die Zusammenarbeit der drei zentralen industriellen Verbände, Zentralverband, Bund und Klub hatte sich über die oben erwähnte Initiative hinaus generell so sehr intensiviert, daß an die Bildung eines gemeinsamen Reichsverbandes, die – wie dargelegt wurde – trotz Ansätzen vor dem Krieg nicht gelungen war, geschritten werden konnte. 1916 wurde aus je drei Vertretern der zentralen Verbände ein „Neunerausschuß“ eingesetzt, der den Auftrag erhielt, Satzungen für den Reichsverband auszuarbeiten. (116) Anlässlich einer großen Industriellentagung am 11. November 1917 faßte man den offiziellen Beschluß zur Gründung des Reichsverbandes. Darüber hinaus wurde bei dieser Tagung ein umfassendes Wirtschaftsprogramm aufgestellt und beschlossen, nunmehr auf das nachhaltigste in das politische Leben einzugreifen. (117) Nach einigen Monaten der Vorbereitungsarbeit (118) kam es am 24. Februar 1918 zur Konstituierung des *Reichsverbandes der Industrie Österreichs*. (119) Ohne auf organisatorische Probleme des – kurzlebigen – Reichsverbandes im einzelnen eingehen zu können, sei hier nur festgehalten, daß dieser auf Einzelmitgliedschaft beruhte und territorial sowie fachlich gegliedert war. (120)

Die industriellen Einzelverbände, zumal die fachlichen, wurden im Verlaufe des Krieges in zunehmendem Maße als Selbstverwaltungskörper unter staatlicher Leitung und Aufsicht zur Wahrung kriegswirtschaftlicher Funktionen herangezogen. (121) Im Bereich des Handels, der durch den Krieg am stärksten in seiner Tätigkeit eingeschränkt war, schuf der Staat durch eine Verordnung vom 15. Juni 1917 im *Wirtschaftsausschuß der Kaufmannschaft* ein Vertretungsinstrument. (122) Für das Gewerbe scheint eine analoge Organisation nicht mehr zustande gekommen zu sein. Ein *Kriegsausschuß für Gewerbe und Handwerk* war aber geplant. (123) Aus dem Reichshandwerkerrat, dem Reichsverband der deutschen Gewerbevereine und dem Deutsch-österreichischen Gewerbebund bildete sich etwa im Oktober 1918 ein *Gewerblicher Hauptausschuß*. (124) Als Kontaktstelle aller Bereiche der gewerblichen Wirtschaft wurde ein *Permanenzkomitee für Industrie, Handel und Gewerbe* geschaffen. (125)

Zusammenfassend bleibt festzuhalten: Am Ende der Habsburgermonarchie war das unternehmerische Organisationswesen auf einen hohen Stand der Zentralisation gelangt. Abgesehen von der Phase des „Kriegsabsolutismus“ hat sich die Einflußnahme vor allem auf die staatlichen Entscheidungsträger stetig verstärkt. Der Interessenausgleich mit den Vertretern der Arbeitnehmerschaft war seit den neunziger Jahren zu einem wesentlichen Tätigkeitsbereich geworden. Als besonderes Phänomen sind schließlich die starken organisatorischen Initiativen von Handel und Gewerbe zu unterstreichen.

Anmerkungen

- (1) Vgl. jüngst Christian Brünner, Die Rolle der Interessenverbände im politisch-administrativen Entscheidungsprozeß. Grundriß einer Verbändelehre, in: Phänomen Sozialpartnerschaft. Festschrift für Hermann Ibler zum 75. Geburtstag, hrsg. von Gerald Schöpfer, Wien, Köln, Graz 1980, S. 163–196; sowie zu einer speziellen Fragestellung: Franz Traxler, Unternehmerverbände und Gewerkschaften: Bedingungen kollektiver Handlungsfähigkeit, *Journal für angewandte Sozialforschung* 20 (1980), Heft 3/4, S. 7–25.
- (2) Für eine andere Zielgruppe wurden diese als Kapitel 2 bis 4 bereits veröffentlicht: Freie und genossenschaftliche Interessenvertretungen der gewerblichen Wirtschaft in Österreich vom Vormärz bis zum ‚Ständestaat‘, in: Zur Geschichte der Handelskammerorganisation. Spitzenkörperschaften der gewerblichen Wirtschaft vor ihrer Eingliederung in die Handelskammerorganisation. (Schriftenreihe der Bundeswirtschaftskammer, Heft 37) Wien o.J., S. 7–29.
- (3) Dazu und generell zu den industriellen Vereinen bis 1848: Johann Slokar, Geschichte der österreichischen Industrie und ihrer Förderung unter Kaiser Franz I., Wien 1914, S. 210–225.
- (4) Slokar, Industrie, S. 216.
- (5) Anton Schlossar, Der Steiermärkische Gewerbeverein von 1837 bis 1887, Graz. o. J., S. 1–13; Slokar, Industrie, S. 218 f.
- (6) Schlossar, Gewerbeverein, S. 19–32; vgl. auch William Götting, Der Oberösterreichische Gewerbe-Verein von 1842–1892, Linz 1893, S. 1–13.
- (7) Fünfzig Jahre gewerblicher Bestrebungen. Festschrift zur Feier des fünfzigjährigen Jubiläums des Niederösterreichischen Gewerbevereins, Wien 1890, S. 1–10; Slokar, Industrie, S. 221–223.
- (8) Fünfzig Jahre gewerblicher Bestrebungen, S. 49–60. Von der „Bürgerlich-

keit“ auch der adeligen Mitglieder, die als solche auf Titel und Prärogative verzichteten, berichtet die „Presse“ in der Nr. 92 aus dem Jahr 1862 (abgedruckt: 125 Jahre im Dienste Österreichs Wirtschaft, in: Festschrift 125 Jahre Österreichischer Gewerbeverein, Wien 1964, S. 78 f.).

- (9) Dies ergibt sich aus der vom Vf. vorgenommenen Durchsicht der im Allgemeinen Verwaltungsarchiv in Wien aufbewahrten Indices der Akten des k. k. Handelsministeriums. Zu den angeführten Aufgaben der Gewerbevereine sowie zur Periodisierung der Vereinstätigkeit vgl. Siegfried Schweinburg, Aus der Vergangenheit des Niederösterreichischen Gewerbevereins, Wien o. J., S. 8–10, sowie Fünfzig Jahre gewerblicher Bestrebungen, S. 71, 288 und 290; Schlossar, Gewerbeverein, S. 48 f. Zu den Handelskammern: Franz Geißler, Die Entstehung und der Entwicklungsgang der Handelskammern in Österreich, in: Hundert Jahre österreichischer Wirtschaftsentwicklung 1848–1948, hrsg. v. Hans Mayer, Wien 1949, S. 22–95.
- (10) Dies ergibt eine vom Vf. vorgenommene Zählung unter den von Moriz von Stubenrauch (Statistische Darstellung des Vereinswesens im Kaiserthum Österreich, Wien 1857, S. 216–252) angeführten „Vereine zur Belebung des Gewerbefleißes und des Handels im allgemeinen, und zum Betriebe industrieller Unternehmungen insbesondere“.
- (11) Wir folgen hier der Aufstellung von August Krebs, Die gewerblichen Vereine Deutschlands, der Schweiz und von Österreich-Ungarn, Wien 1882, S. 67–73.
- (12) Die Organisation der österreichischen Industrie, in: Die Industrie, 9. April 1896.
- (13) Slokar, Industrie, S. 214 f. und 224 f.; Die Organisation der österreichischen Industrie, in: Die Industrie, 9. April 1896; Theodor Schneider, Die Entwicklung der industriellen Organisation, in: Festschrift zum 50jährigen Bestand der Zeitschrift „Die Industrie“, Wien 1950, S. 19, und dieser Arbeit weitgehend folgend: Theodor Pütz, Die Bedeutung der Wirtschaftsverbände für die Gestaltung der österreichischen Wirtschaftspolitik, in: Verbände und Wirtschaftspolitik in Österreich, hrsg. v. Theodor Pütz, Berlin 1966, S. 148; Karl Wenger und Hans Seidel, Freie Verbände in der gewerblichen Wirtschaft, in: Verbände und Wirtschaftspolitik in Österreich, hrsg. von Theodor Pütz, S. 589; sowie Herbert Krejci, Die Organisation der österreichischen Industrie vor dem 2. Weltkrieg, in: Wirtschaftspolitische Blätter 21 (1974), S. 204 f.
- (14) 100 Jahre Vereinigung österreichischer Papierindustrieller, Wien 1972, S. 57 f.
- (15) Siehe Anm. 3.

- (16) Dieses Gründungsdatum gibt ein Artikel der „Industrie“ an, in dem der Gründer des Vereins Alexander von Peez gewürdigt wird (6. März 1909). In der Festschrift des Industriellen Klubs (60 Jahre Industrieller Klub, Wien 1935) wird einerseits der 1875 gegründete Industrielle Klub als „erste österreichische industrielle Gesamtorganisation“ angeführt (S. 10), andererseits über Peez mitgeteilt, daß er die Geschäftsführung des „Vereins der Industriellen“, der „als Vorläufer des Industriellen Klubs anzusehen ist“, übernommen habe (S. 52).
- (17) 60 Jahre Industrieller Klub, S. 10 f.; Die Industrie, Festnummer, Wien 1912, S. 18–20.
- (18) Es sind dies im Jahr 1908 die meisten der 45 Mitgliedsverbände des Zentralverbandes der Industriellen Österreichs (nicht alle, da einige als Arbeitgeberverbände zu werten sind, was Max Kaiser übersieht), der sowohl zentrale (fachliche) als auch territoriale Verbände einschloß, sowie weitere 23 zentrale Verbände und 28 territoriale und lokale Verbände. Vgl. Max Kaiser, Die autonomen industriellen Korporationen und die Gewerkschaften Österreichs, in: Die Groß-Industrie Österreichs, Wien 1908, Bd. I, S. XXIII bis XXXII. Z. T. recht informative Darstellungen der Entstehung und Wirkung der Mitgliedsverbände des Zentralverbandes enthält: Die Industrie, Festnummer, passim.
- (19) Zentralverband der Industriellen Österreichs 1892–1902, Wien 1902, S. 3–5. Vgl. auch Die Industrie, Festnummer, S. 5 f.
- (20) Zentralverband der Industriellen Österreichs 1892–1902, S. 5 f., sowie Die Industrie, 7. Mai, 11. Juni und 18. Juni 1896.
- (21) Eine Industriellen-Deputation beim Ministerpräsidenten, in: Die Industrie, 30. Juli 1896; Epilog zum „Industriellentage“, in: Die Industrie, 5. November 1896.
- (22) Konferenz mit Vertretern des „Industriellen Actionscomités“, in: Die Industrie, 1. Oktober 1896. Die Polemik wurde einerseits in der „Industrie“, andererseits in der von einem gewissen Hauck-Weiss herausgegebenen Zeitschrift „Die Arbeit“ ausgetragen.
- (23) Die Industrie, 1896/97, passim.
- (24) Ein Bund österreichischer Industrieller, in: Die Industrie, 25. Februar 1897.
- (25) Festschrift. Herausgegeben aus Anlaß seines 10jährigen Bestandes vom Bund österreichischer Industrieller, Wien 1907, S. 7.
- (26) Ein Bund österreichischer Industrieller, in: Die Industrie, 25. Februar 1897.
- (27) Siehe Anhang zu Festschrift, Bund, Blatt I.
- (28) Friedrich Hertz, Les organisations des industriels en Autriche, in: Revue economique internationale 5 (1908), S. 575.

- (29) Bund österreichischer Industrieller, in: Die Industrie, 18. November 1897. Dieses „Organisationsbedürfnis“ war aber offensichtlich noch kein subjektives der Industriellen, standen damals doch Dreiviertel von ihnen außerhalb jeder Organisation. Siehe: Die Organisation der Industrie, in: Die Industrie, 7. Jänner 1897.
- (30) Die Industrie, 7. Mai 1896.
- (31) Die Industrie, 5. Februar 1898.
- (32) Die Industrie, 4. November 1897.
- (33) Die Industrie, 31. Dezember 1898.
- (34) Die Industrie, 10. Dezember 1904.
- (35) Die Industrie, Festnummer, S. 3.
- (36) So der 11. Verbandstag vom 18. Dezember 1899. Vgl. die Vorschau in der „Industrie“, 16. Dezember 1899; sowie bereits: Die industriellen Verbandstage, in: Die Industrie, 3. Juni 1899.
- (37) Die Industrie, Festnummer, S. 7.
- (38) Der Störenfried, in: Die Industrie, 20. Juli 1901.
- (39) Die Statutenänderung des Centralverbandes, in: Die Industrie, 3. Juni 1899; Industrie und Politik, in: Die Industrie, 3. November 1900.
- (40) Dies v. a. seit dem am 30. und 31. Oktober 1900 abgehaltenen Industriellentage, auf dem Koerber sein wirtschaftspolitisches Programm entwickelte. Vgl. Festschrift, Bund, S. 13, und Hertz, Les organisations, S. 575.
- (41) Österreichischer Industriellentag, in: Die Industrie, 3. November 1900.
- (42) So nahm der Anteil der von den industriellen Verbänden zu stellenden Mitglieder des Industrierates zu. Vgl. Elisabeth Pultar, Die Tätigkeit des österreichischen Industrierates, Diss., Wien 1973, S. 8–21. Zu den anderen Beiräten: Max Layer, Beiräte, in: Österreichisches Staatswörterbuch, hrsg. v. Ernst Mischler und Josef Ulbrich, Bd. I, 2. Aufl., Wien 1905, S. 436–466, sowie die freilich unbefriedigenden Ausführungen von Pultar, S. 34–39.
- (43) Dies wird bereits beim 9. Verbandstag des Zentralverbandes berichtet. Die Industrie, 4. Februar 1899.
- (44) Für unseren Zentralwahlfonds, in: Die Industrie, 9. Februar 1907.
- (45) Zu den Ergebnissen der Reichratswahlen, in: Die Industrie, 18. Mai 1907.
- (46) Das Kartell der schaffenden Arbeit, in: Die Industrie, 21. September 1913.
- (47) Vgl. Stenographisches Protokoll des XXIV. (ordentl.) Verbandstages des Zentralverbandes der Industriellen Österreichs (in: Die Industrie, 31. Mai 1911), der am 25. Mai 1911 in Bielitz abgehalten wurde und auf dem

Dr. Karl Chiari ein großangelegtes Referat über Industrie und Parlament hielt. Der Abwehr des agrarischen Einflusses auf die Handelspolitik hatte bereits 1901 die Gründung der Handelspolitischen Zentralstelle gedient.

- (48) Die Industrie, Festnummer, S. 14.
- (49) Freie industrielle Vereinigung im Abgeordnetenhaus, in: Die Industrie, 9. Februar 1901. Sie umfaßte lediglich 16 Abgeordnete.
- (50) Die freie industrielle Vereinigung des Abgeordnetenhauses, in: Die Industrie, 6. Juli 1907. Vgl. auch Sigmund Kaff, Die Unternehmerverbände in Österreich, Wien 1908, S. 3.
- (51) Politische Organisation der Industrie, in: Die Industrie, 7. April 1912.
- (52) Der Störenfried, in: Die Industrie, 20. Juli 1901.
- (53) Ständige Delegation der industriellen Verbände, in: Die Industrie, 15. Februar 1902.
- (54) Der Industrieabend im Hotel Imperial, in: Die Industrie, 31. Jänner 1903; Ein ständiger Ausschuß der industriellen Zentralorganisation, in: Die Industrie, 14. Februar 1903; Fortschritte in der industriellen Organisation, in: Die Industrie, 18. April 1903; Die Industrie, Festnummer, S. 10.
- (55) Die Zukunft der österreichischen Industrie, in: Die Industrie, 30. September 1905; Zum XVIII. Verbandstag in Graz, in: Die Industrie, 12. Dezember 1905; ferner Die Industrie, 6. Juni 1908 und 15. Mai 1909.
- (56) Stenographisches Protokoll des XXIII. (ordentl.) Verbandstages des Zentralverbandes der Industriellen Österreichs, in: Die Industrie, 5. November 1910. Wenn Alois Brusatti und – ihm offensichtlich folgend – Herbert Matis schreiben, daß im Jahr 1906 der Zusammenschluß des Zentralverbandes und des Bundes zum „Industriellenverband“ erfolgt sei, so ist dies falsch. Alois Brusatti, Österreichische Wirtschaftspolitik vom Josephinismus zum Ständestaat, Wien 1965, S. 67; Herbert Matis, Leitlinien der österreichischen Wirtschaftspolitik, in: Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. I, Die wirtschaftliche Entwicklung, hrsg. v. Alois Brusatti, Wien 1973, S. 54. Tatsächlich wurde 1906 der Wiener Industriellenverband gegründet, ein Arbeitgeberverband mit territorialer Begrenzung.
- (57) Vertrauliches Rundschreiben des Bundes an seine Mitgliedsfirmen vom 17. März 1913. Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv, Sozialdemokratische Parteistellen, Internationales Büro 9/8; Tätigkeitsbericht für die Zeit vom Oktober 1912 bis April 1913; in: Die Industrie, 1. Juni 1913.
- (58) Industrielle Vereinigung, in: Die Industrie, 22. Jänner 1910; Die Industrie, Festnummer, S. 14.
- (59) Die Industrie, Festnummer, S. 36 f.

- (60) Die Industrie, Festnummer, S. 74 f.
- (61) Kaiser, Korporationen, S. XXVII.
- (62) 30 Jahre Wiener Industriellen-Verband. 1906–1936, Wien 1936.
- (63) Die Industrie, Festnummer, S. 71 f.; Kaiser, Korporationen, S. XXVII. Kaff (Unternehmerverbände, S. 11–13) schreibt 1908 von sieben Industriellenverbänden als den „markantesten Repräsentanten moderner Arbeitgeberorganisationen“.
- (64) So Gustav Raunig in einem Vortrag vor dem Industriellen Klub am 20. Oktober 1904, in: Die Industrie, 22. Oktober 1904.
- (65) Die Einordnung des Bundes bei den „wirtschaftlichen Korporationen“ durch Max Kaiser (Korporationen), den Sekretär der Hauptstelle österreichischer Arbeitgeber-Organisationen, entspricht eher dessen Ausschließlichkeitsanspruch für die Hauptstelle als den tatsächlichen Verhältnissen.
- (66) Vom Ständigen Ausschuß, in: Die Industrie, 9. September 1905. Vgl. auch: Zur bevorstehenden Versammlung der Arbeitgebervereinigung, in: Die Industrie, 26. August 1905.
- (67) Wir folgen hier der Darstellung in der „Industrie“ (24. März 1906): Arbeitgeberorganisation der Industriellen Österreichs, während die Darstellung durch den Bund (Festschrift, S. 23) die Rolle des Zentralverbandes bei der Schaffung der Hauptstelle zu schmälern versucht.
- (68) Die Industrie, 7. April 1906.
- (69) Kaiser, Korporationen, S. XXVIII f.; Die Industrie, 1. Juni 1913.
- (70) Die Industrie, Festnummer, S. 10.
- (71) So Raunig in seinem Vortrag vor dem Industriellen Klub, in: Die Industrie, 22. Oktober 1904, und Kaiser (Korporationen).
- (72) Kaiser, Korporationen, S. XXIX, vgl. auch Hertz, Les organisations, S. 577.
- (73) Auf die vorgebrachten Vorwürfe und ihre Berechtigung kann hier nicht näher eingegangen werden. Vgl. Kaff, Unternehmerverbände, passim; Österreichischer Metallarbeiterverband, Bericht über die Tätigkeit des Verbandes in den Verwaltungsjahren 1908–1910, Wien 1911, S. 295–306; sowie zahlreiche Artikel in der Arbeiter-Zeitung und anderen Organen der Sozialdemokratie.
- (74) Alois Naske, Die Gewerbepolitische Bewegung in Österreich und ihre Schlagworte, Brünn 1896.
- (75) Statistik der Gewerbe-Genossenschaften und deren Verbände. Verfaßt und herausgegeben vom Gewerbestatistischen Departement des k. k. Handelsministeriums (Die Gewerbe-Genossenschaften und deren Verbände in den

im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern, II. Abteilung), Wien 1915, S. 3–51. Viktor Mataja, Gewerbl. Genossenschaften, in: Österreichisches Staatswörterbuch, Bd. II, Wien 1906, S. 527–533; Heinrich Reschauer (Die Reform der österreichischen Gewerbegesetzgebung, Reichenberg 1882, S. 18) berichtet, daß das von den obligatorischen Genossenschaften handelnde siebente Hauptstück des Gesetzes vom Jahr 1859 erst auf dringendes Einschreiten des Wiener Magistrats nachträglich in den Gesetzentwurf aufgenommen wurde.

- (76) Heinrich Waentig, Gewerbliche Mittelstandspolitik, Leipzig 1898, S. 376.
- (77) Heinrich Reschauer, Geschichte des Kampfes der Handwerkerzünfte und der Kaufmannsgremien mit der österreichischen Bureaukratie, Wien 1882, S. 257–263; Waentig, Mittelstandspolitik, S. 374, 393.
- (78) Die Verbände der Gewerbe-Genossenschaften in den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern nach dem Stande vom 31. Dezember 1909. Verfaßt und herausgegeben vom Gewerbestatistischen Departement des k. k. Handelsministeriums, Wien 1911, S. 5–19; Viktor Mataja, Gewerbliche Genossenschaften, in: Österreichisches Staatswörterbuch, Bd. IV, Wien 1909, Anhang, S. 1078–1080; Der Hauptverband der Gewerbeverbände Österreichs im ersten Jahrzehnt seines Bestandes 1921–1931, Wien 1931, S. 43–67, 69–111.
- (79) Verbände der Gewerbe-Genossenschaften, S. 48 f. Vgl. Hauptverband, S. 5–8. Im übrigen wurde bereits 1894 die Forderung nach einem Reichsverband erhoben. Dazu: 1896–1926. Festschrift anlässlich des 30jährigen Bestandsjubiläums des Wiener Gewerbe-Genossenschafts-Verbandes, Wien 1926, S. 23 f.
- (80) Wiener Gewerbe-Genossenschaftstag, 23. März 1894; Waentig, Mittelstandspolitik, S. 96; Hauptverband, S. 54.
- (81) Jahresbericht des II. Verbandes von Gewerbe-Genossenschaften des niederösterreichischen Handelskammerbezirkes, in: Wiener Gewerbe-Genossenschaftstag, Dezember 1896. Der Wiener Gewerbe-Genossenschaftstag bestand allerdings zumindest zunächst weiter.
- (82) Ein Gewerbetag, in: Die Industrie, 16. September 1899; sowie generell die Jahrgänge des Wiener Gewerbe-Genossenschaftstages 1894–1902, Waentig, Mittelstandspolitik, S. 136–168.
- (83) So jedenfalls: Hauptverband, S. 45.
- (84) Deutsch-österreichischer Gewerbebund 1908–1928, Wien o. J., S. 3–5.
- (85) Deutsch-österreichischer Gewerbebund, S. 6–14.
- (86) Waentig, Mittelstandspolitik, S. 142; Adam Wandruszka, Österreichs politische Struktur, in: Geschichte der Republik Österreich, hrsg. v. Heinrich Benedikt, Wien 1954, S. 308.

- (87) Waentig, Mittelstandspolitik, S. 100–102.
- (88) Alois Naske, Denkschrift zur Feier des vierzigjährigen Bestandes des Mährischen Gewerbevereins in Brünn, Brünn 1901, S. 12. Der Mähr. Gewerbeverein trat etwa für den Genossenschaftszwang und den Befähigungsnachweis ein. Ebd. S. 50.
- (89) Naske, Bewegung, S. 17–25; Schlossar, Gewerbeverein, S. 116 f.; Waentig, Mittelstandspolitik, S. 103 f. Der Gewerbetag von 1875 (Waentig, Mittelstandspolitik, S. 100) war indes stark von der Industrie geprägt.
- (90) Fünfzig Jahre gewerblicher Bestrebungen, S. 140.
- (91) Waentig, Mittelstandspolitik, S. 97. Der Niederösterreichische Gewerbeverein plädierte 1874 für die Aufhebung des Beitrittszwanges zu den Genossenschaften und war skeptisch gegenüber jeder Form von „Staatssozialismus“. Vgl. Fünfzig Jahre gewerblicher Bestrebungen, S. 293 resp. 305; Naske, Bewegung, S. 19, 21. Zu Reschauers Programm: Reschauer, Reform, S. 255 f. Er hoffte auf den Staat!
- (92) Schweinburg, Vergangenheit, S. 18.
- (93) Vortrag Gustav Raunigs im Industriellen Klub am 20. Oktober 1904, in: Die Industrie, 22. Oktober 1904.
- (94) Mitteilungen des „Reichsverbandes der deutschen Gewerbevereine Österreichs“ (mit Satzungen), in: Wochenschrift des Niederösterreichischen Gewerbevereins, 21. Jänner 1904.
- (95) Verzeichnis der in Österreich bestehenden deutschen Gewerbevereine, in: Wochenschrift des Niederösterreichischen Gewerbevereins, 13. August 1903.
- (96) Stenographisches Protokoll des V. Kongresses des Reichsverbandes der deutschen Gewerbevereine Österreichs, in: Wochenschrift des Niederösterreichischen Gewerbevereins, 2. November 1911. Es war uns nicht möglich, die beiden relevanten Zahlen für ein einziges Jahr zu eruieren.
- (97) Vgl. die Protokolle in der Wochenschrift, passim.
- (98) Kaff, Unternehmerverbände, S. 17.
- (99) Resolution des IV. Kongresses des Reichsverbandes, in: Wochenschrift des Niederösterreichischen Gewerbevereins, 15. Oktober 1908; vgl. auch Niederösterreichischer Amts-Kalender für das Jahr 1914, Wien 1914, S. 205 f.
- (100) Wochenschrift des Niederösterreichischen Gewerbevereins, 12. November 1908.
- (101) So W. Kulemann, Geschichtliche Entwicklung der Berufsorganisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber aller Länder, 5. Bd., Berlin 1913, S. 112.

- (102) Zentralorganisation für gewerbliche Interessen, in: Wochenschrift des Niederösterreichischen Gewerbevereins, 23. Dezember 1909; Stenographisches Protokoll des V. Kongresses des Reichsverbandes der deutschen Gewerbevereine Österreichs (Fortsetzung), in: Wochenschrift, 9. November 1911; VI. Kongreß des Reichsverbandes der deutschen Gewerbevereine Österreichs in Linz, „Ausbau der gewerblichen Organisation“, in: Wochenschrift, 9. Oktober 1913.
- (103) Stenographisches Protokoll des V. Kongresses des Reichsverbandes der deutschen Gewerbevereine Österreichs. „Wirtschaftliche Zentrale für Gewerbe, Handel und Industrie“, in: Wochenschrift des Niederösterreichischen Gewerbevereins, 30. November 1911.
- (104) Von den drei Zwangsgenossenschaften der nichtprotokollierten Kaufleute nannten sich zwei „Gremien“, da zunächst auch protokollierte Kaufleute ihnen angehört hatten. Vgl.: 70 Jahre Handelsgremium der Bezirke XII, XIII, XIV und XV in Wien 1864–1934, Wien 1934, S. 32.
- (105) Otto Gruß, Ein Jahrhundert österreichischer Binnenhandel (1848–1948), in: Hundert Jahre, hrsg. v. Hans Mayer, S. 334–337; 50 Jahre Genossenschaft der Handelsleute in Wien 1884–1934, Wien 1934, S. 30–36; 70 Jahre Handelsgremium, S. 26–32.
- (106) Vinzenz Löscher, 30 Jahre Landesverband, Ybbs 1929. Der Bericht über den am 26. April 1908 in Wien stattgehabten konstituierenden Verbandstag des Zentralverbandes österreichischer Kaufleute (S. 7) weist Landesverbände auch für die Steiermark, Mähren und Schlesien auf sowie einen Verband der Handelsgenossenschaften und kaufmännischen Vereine Wiens.
- (107) 50 Jahre Genossenschaft, S. 38. Unsere Bezeichnung des Reichsverbandes laut Bericht über konst. Verbandstag des Zentralverbandes, S. 7. Möglicherweise war die in „50 Jahre Genossenschaft“ gebrauchte Bezeichnung für die Zeit nach 1909 gültig.
- (108) Bericht über konst. Verbandstag des Zentralverbandes, S. 7 f.
- (109) Verzeichnis der freien Interessen-Vertretungen von Industrie, Handel und Gewerbe in Österreich, Wien 1913, S. 133–144, resp. Gedenkschrift des Wiener Kaufmännischen Vereines zur Feier seines 25jährigen Bestandes 1870–1895, Wien 1895.
- (110) Verzeichnis, S. 145–157.
- (111) Franz Hausjell, Die Reichsorganisation der Kaufleute Österreichs. Blick in Vergangenheit und Zukunft, in: Kaufmännische Presse, 1. Juli 1914.
- (112) Dies der Tenor in sämtlichen Organen der unternehmerischen Interessenverbände. Die Verstärkung der Intervention der Interessenverbände bei den Zentralstellen bis 1914 geht aus den Indizes der Akten des k. k. Han-

delsministeriums deutlich hervor. Die Zahl der „Vereine zur Förderung von Gewerbe und Handel im allgemeinen“ war in Cisleithanien bis 1912 auf 697 angewachsen. Vgl. Österreichisches Statistisches Handbuch für die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder, 31. Jg. 1912, Wien 1913, S. 426.

- (113) Stenographisches Protokoll der Versammlung der Industriellen Österreichs veranstaltet von den drei zentralen industriellen Verbänden, 21. November 1914, in: Die Industrie, 26. November 1914.
- (114) Wirtschaftliche Korporationen und Politik, in: Die Industrie, 9. November 1915.
- (115) Richard Riedl, Die Industrie Österreichs während des Krieges (Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden. Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges. Österreichische und ungarische Serie), Wien 1932, S. 87.
- (116) Sigmund Brosche, Auf dem Wege zum Reichsverband, in: Die Industrie, Sondernummer zum Industriellentag 1917, 11. November 1917.
- (117) Max Friedmann, Industrie und Politik, in: Die Industrie, Sondernummer, 11. November 1917; Gustav Josephy, Die politische Organisation der deutschen Industrie in Österreich, ebd.; Die Tagung der österreichischen Industrie, in: Die Industrie, 22. November 1917.
- (118) Satzungen des Reichsverbandes der österreichischen Industrie, in: Die Industrie, 10. Dezember 1917; Der Reichsverband, in: Die Industrie, 31. Dezember 1917.
- (119) Die Industrie, 10. März 1918.
- (120) Zu Organisationsfragen des Reichsverbandes vgl. das Stenographische Protokoll der Gründenden Versammlung am 24. Februar 1918 und das Protokoll der I. ordentlichen Generalversammlung am 27. April 1918, in: Die Industrie, 10. März 1918 resp. 20. Mai 1918.
- (121) Riedl, Industrie, S. 62–88.
- (122) Riedl, Industrie, S. 82.
- (123) Das Gewerbe in der Übergangswirtschaft, in: Wochenschrift des Niederösterreichischen Gewerbevereins, 18. April 1918.
- (124) Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv, Staatskanzlei, Zl. 1371/1918.
- (125) So jedenfalls ohne nähere Datierung 60 Jahre Industrieller Klub, S. 36.

Theodor Faulhaber

Die Vereinigung Österreichischer Industrieller

Ein Verband und seine Geschichte

Vorbemerkung

Eine nicht zu unterschätzende Stellung innerhalb des österreichischen politischen Systems nimmt die *Vereinigung Österreichischer Industrieller* (VÖI) ein: Sie ist im Kraftfeld zwischen den Verbänden – speziell in der „Sozialpartnerschaft“, jener spezifisch österreichischen Ausprägung der Arbeitgeber-Arbeitnehmerbeziehungen – ebenso vertreten und ein wichtiger Faktor wie auch im Kraftfeld zwischen den politischen Parteien. In dieses Geflecht der politischen Willensbildung bringt sie auf den verschiedensten Wegen ihre und die Vorstellungen jener Firmen, die sie vertritt, ein.

Die Industriellenvereinigung faßt in ihrer Organisation rund 90 Prozent der Privatindustrie Österreichs zusammen – gemessen an der Zahl der Beschäftigten –, sie ist der bedeutendste freiwillige Verband von Unternehmen des Landes und kann sich nicht, wie die Bundeswirtschaftskammer, auf die Pflichtmitgliedschaft berufen. Die Vereinigung zählt rund 1700 beitragende Mitgliedsfirmen, hinzu kommen fast 2500 ordentliche Mitglieder, also im wesentlichen leitende Persönlichkeiten von Mitgliedsfirmen und auch aus Unternehmen, die der VÖI selbst nicht angehören.

Nach der Gründung der Industriellenvereinigung im Jahre 1947 hat diese Interessenvertretung sehr rasch einen beachtlichen Zulauf bekommen, so daß sie im Jahr des Staatsvertrages schon fast jenen Repräsentationsgrad erreicht hatte, den sie heute besitzt. Dies kommt nicht von ungefähr: Kann die VÖI doch auf eine lange Reihe von Vorläuferorganisationen zurückblicken, so daß sie heute als das letzte Glied einer Kette erscheint, die ihre ersten Ursprünge bis in das 18. Jahrhundert zurückverfolgen kann.

1. Die Zeit der Monarchie

In unserem Rückblick wollen wir die Zünfte außer acht lassen, die ja gewissermaßen auch als „Berufs-“ oder „Interessenvertretung“ anzusehen waren. (1) Als Pioniere der Bildung von Interessenorganisationen im annähernd modernen Sinn können zweifellos jene „k. k.-patriotisch-ökonomischen Gesellschaften“ angesehen werden, die 1767 in Graz und Prag entstanden waren und die der Förderung der Landwirtschaft und des industriellen Pflanzenbaues dienten. (2) Fabrikantenvereinigungen begannen sich in vielfältigen Formen ab dem Beginn des 19. Jahrhunderts zu entwickeln. Der „erste wirkliche Industrieverein im modernen Sinn“ wurde 1829 in Böhmen errichtet: Der *Verein zur Ermunterung des Gewerbsgeistes in Böhmen*, der „eine sehr lebhaftige Tätigkeit“ entfaltete. (3) Er veranstaltete Industrieausstellungen, gab Fachzeitschriften heraus, organisierte Sonntagsunterricht für Gesellen und Lehrlinge und dergleichen mehr.

Bis 1848 entstanden noch zahlreiche weitere regionale oder lokale Organisationen. Der 1839 gegründete *Österreichische Gewerbeverein* (bzw. 1837: *Innerösterreichischer Gewerbeverein* und 1839: *Niederösterreichischer Gewerbeverein*) ist älter als die Handelskammern und besteht noch heute. Diese gewerblichen und industriellen Vereine sind gewiß als „echte Wegbereiter der neuen Kammern“ anzusehen. (4)

Die Gründung der ersten österreichischen Handelskammer – vor allem nach französischem Vorbild – folgte unmittelbar auf die Revolutionswirren des Jahres 1848 durch das erste provisorische Handelshandelskammergesetz vom 15. Dezember 1848. (5) Die Handelskammern waren in der Folge die hauptsächlichsten Vertreter unternehmerischer Interessenpolitik.

1862 veranlaßte der französisch-preußische Handelsvertrag die Gründung eines *Vereins der österreichischen Industriellen*, der einen süddeutschen Zollverein mit Österreich zu seinen vordringlichsten Zielen erklärte. (6)

In den folgenden Jahren kam es immer häufiger zu der Gründung eigener Interessenvertretungen der Industrie. In den bisherigen Vereinen waren in den meisten Fällen Industrie und Gewerbe zusammengefaßt. Die Interessengegensätze zwischen diesen beiden Wirtschaftssektoren wurden jedoch immer deutlicher und kulminierten in der Auseinandersetzung um die Einführung (1859) und die Aufhebung

(1883) der Gewerbefreiheit. Die Industrie hatte aber auch stärkere außenpolitische und Außenhandelsinteressen als die Wirtschaftszweige, die sich vornehmlich am lokalen Bedarf orientierten. (7) In der Folge wurden im Raum der gesamten österreichischen Reichshälfte der österreichisch-ungarischen Monarchie zahlreiche Industrieverbände regionaler oder branchenmäßiger Orientierung errichtet.

Ein erstes wirksames und umfassendes Sprachrohr der Interessen der Industrie (besonders aber der Großindustrie) Österreichs entstand im 1875 ins Leben gerufenen *Industriellen Klub*, zu dessen Mitgliedern auch eine Reihe von Reichsratsabgeordneten zählte. Die Politik des Klubs war relativ wirksam: So brachte er beispielsweise die Nachtragskonvention Österreichs mit England zu Fall, die England das „Recht einräumte, seine Waren bevorzugt nach Österreich zu exportieren“. Weiters verfocht der Klub unter dem Motto „ein Reich, ein Zollgebiet“ die Einheitlichkeit des Zollgebietes in Österreich. Er drang außerdem darauf, daß der Staat und alle öffentlichen Körperschaften ihren Bedarf im Inland decken sollten („Österreich den Österreichern“) und sprach sich 1895 für die Gewährung des verfassungsmäßigen Wahlrechtes für die Arbeiter aus. (8)

Trotz seiner recht erfolgreichen Interessenpolitik klagte der Industrielle Klub über die seiner Meinung nach „geringe Anzahl von nur 34 industriefreundlichen Mitgliedern unter 514 Abgeordneten“. (9) Diese Klage einer „industriefeindlichen Einstellung des Parlaments“ (10) sollte sich auch in den folgenden Jahrzehnten als eines der Elemente industrieller Interessenvertretung erweisen, bis in unsere Gegenwart.

Der Industrielle Klub hatte allerdings auf Grund seiner Mitgliederstruktur vornehmlich großindustrielle Interessen im Auge. Gegen Ausklang des 19. Jahrhunderts wuchs daher immer mehr das Bedürfnis nach einer einheitlichen Zusammenfassung der industriellen Interessenvertretung, die in ein wahres Wirrwarr von Organisationen zersplittert war, die nebeneinander und manchmal auch gegeneinander agierten. 1892 erfolgte die gründende Versammlung des *Zentralverbandes der Industriellen Österreichs*, der als Verband der Verbände organisiert war und 1912 bereits 63 Mitgliedsvereine umfaßte. Am 19. März 1896 erschien die Nr. 1 des „Organs für die Interessen der österreichischen Industrie“, „Die Industrie“, die noch im selben Jahr zum Sprachrohr des Zentralverbandes wurde. 1897 wurde als dritte zentrale Organisation der *Bund österreichischer Industrieller* geschaffen, der im Gegensatz zum Zentralverband auf einer Einzelmitgliedschaft der Firmen beruhte und im Unterschied zum Industriellen Klub

die Interessen vorwiegend der Klein- und Mittelbetriebe vertrat, weshalb es zunächst nicht unwesentliche Widerstände gegen den Neuankömmling gab. (11)

Fazit dieser Entwicklung war eine neuerliche Zersplitterung der industriellen Interessenvertretung. 1903 wurde daher ein „Ständiger Ausschuß“ der drei zentralen industriellen Organisationen ins Leben gerufen, dem ab 1911 als Sitz das „Haus der Industrie“ auf dem Schwarzenbergplatz in Wien zur Verfügung stand. Dessen Bau hatte Alexander von Peez 1902 angeregt, der sich dabei „auf das Heim der Arbeiterschaft in Favoriten und das Haus der Landwirtschaft in der Schaufelergasse“ berief. (12)

Als bedeutsamstes Ergebnis der geschilderten Entwicklung, besonders in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, zeigt sich die wachsende Einflußnahme des Verbandswesens auf die Wirtschaftspolitik: „Einflußreiche Lobbies, Kartelle und andere Syndizierungsmaßnahmen, übermächtige Kreditinstitute, Kammern, Gewerkschaften und Genossenschaften können auch im politischen Bereich neben und über den politischen Parteien Einfluß gewinnen.“ (13)

2. Erster Weltkrieg und Erste Republik

Zu einer wirksamen Zusammenfassung der nach wie vor zersplitterten industriellen Interessenvertretung kam es erst im Zuge der Wirren gegen Ende des Ersten Weltkrieges. 1918 gründete sich der *Reichsverband der österreichischen Industrie*, der 1919 vom *Hauptverband der Industrie Deutsch-Österreichs* abgelöst wurde. Für die industrielle Interessenvertretung brachten die Folgen des Ersten Weltkrieges eine zumindest ebenso große Zäsur wie früher für das gesamte Wirtschaftsgefüge Österreichs. Die handels- und produktionspolitisch totale Umorientierung der Industrie zwang zur Konzentration aller Kräfte: Lokale Vereinigungen traten in den Hintergrund, der Hauptverband gewann deutlich an Gewicht. Die meisten Industriellenverbände waren außerdem durch die Zerstückelung des Staatsgebietes ohnehin als nicht mehr „österreichisch“ weggefallen.

Der nunmehr neubenannte *Hauptverband der Industrie Österreichs* war die industrielle Interessenvertretung der Ersten Republik, er stellte gegenüber den Organisationen der Monarchie auch unter den geänderten Bedingungen ein Element der Kontinuität dar und hatte überdies als Organisation gegenüber anderen Verbänden der Industrie erstmals in der Geschichte ein so deutliches Übergewicht, daß er als direkter Vorläufer der Industriellenvereinigung anzusehen ist.

Der Hauptverband besaß allerdings immer noch eine ungeheuer vielfältige und recht unsystematische Gliederung: Er war nicht nur ein Verband der Verbände, sondern auch „auf der Einzelmitgliedschaft der Industrieunternehmungen aufgebaut, da die bisherige Erfahrung gelehrt hatte, daß nur diese Konstruktion eine ständige rege Mitarbeit der Industriefirmen und damit ein lebendiges Funktionieren der industriellen Organisation mit sich brachte“. (14)

Der Hauptverband gliederte sich in sieben regionale Sektionen. Im Namen der industriellen Organisation des jüngsten Bundeslandes, des Burgenlandes, tauchte erstmals die Bezeichnung „Industriellenvereinigung“ auf. Daneben gab es noch rund 60 Fachverbände und Fachgruppen, die Mitglieder des Hauptverbandes waren.

Die zwanziger Jahre und die erste Hälfte der dreißiger Jahre brachten ein gegenseitiges Verschmelzen etlicher Organisationen bzw. die formelle Auflösung oder das formlose Auslaufen einiger Verbände, die durch den Lauf der Zeit schließlich funktionslos geworden waren. Die Gliederung des Hauptverbandes vereinfachte sich dadurch nach und nach.

3. Ständestaatliches Zwischenspiel

Die Ereignisse des Jahres 1934 zogen in der Folge eine neuerliche Umorganisation der industriellen Interessenvertretung nach sich. Mit dem „Bundesgesetz vom 17. Oktober 1934, betreffend die Errichtung des Bundes der österreichischen Industriellen“ wurde der *Industriellenbund* als Nachfolgeorganisation des Hauptverbandes geschaffen. Der Bund wurde eine „Einrichtung öffentlichen Rechtes“, er unterstand der Aufsicht des Bundesministeriums für Handel und Verkehr im Rahmen der ständestaatlichen Verfassung. In der Organisation lehnte er sich im wesentlichen an die seines Vorgängers an.

4. Eingliederung in das Deutsche Reich

Die Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich ging Hand in Hand mit einer nahezu völligen Zerschlagung der Industriellenorganisation in Österreich. Der Industriellenbund wurde aufgelöst, seine Agenden gingen entsprechend der Organisation der gewerblichen Wirtschaft Deutschlands auf die regionale Instanz der „Reichsgruppe Industrie“ und nach den Verordnungen über die Errichtung von Gauwirtschaftskammern auf die entsprechenden Abteilungen der Gauwirtschaftskammer Wiens über.

Erst nach langwierigen Verhandlungen gelang es der österreichi-

schen Industrie, eine zentrale Repräsentanz in Form einer „Geschäftsstelle der Reichsgruppe Industrie in Wien“ zu erhalten, die „ein gemeinsames Auftreten in wichtigen allgemeinen industriellen Fragen gegenüber der Reichsgruppe Industrie und den Zentralbehörden ermöglichte“. (15) Die Geschäftsstelle blieb ein einigendes Band in der administrativen Teilung Österreichs in die „Alpen- und Donaugau“.

Die Gründung der Vereinigung Österreichischer Industrieller

„Schon wenige Monate nach der Befreiung Österreichs haben eine Reihe Industrieller den Plan gefaßt, sich in einer freien Industriellenorganisation enger zusammenzuschließen.“ (16) Erste Zusammenkünfte von Industriellengruppen fanden im April und Mai 1945 zu diesem Zweck im Haus der Industrie statt. (17) Am 18. November 1946 kam es zur gründenden Vollversammlung der *Vereinigung Österreichischer Industrieller* in der Kammer Wien, zu der 131 Eingeladene erschienen, darunter der Minister für Handel und Wiederaufbau, Dr. h. c. Eduard Heigl, der Präsident der Bundeswirtschaftskammer, Ing. Julius Raab, sowie der Präsident der Kammer Wien, Dr. Martin Kink. Der erste Vorstand der Industriellenvereinigung bestand aus 31 Mitgliedern. Nur wenige Namen österreichischer Industriellenfamilien aus dieser Zeit finden sich auch in den heutigen Vorstandslisten, womit die These von der „auffallenden Kurzlebigkeit vieler österreichischer Unternehmerfamilien“ bestätigt sein dürfte. (18) Zum ersten Präsidenten der neuen Vereinigung Österreichischer Industrieller wurde Dr. Hans Lauda gewählt, der Generaldirektor der Veitscher Magnesitwerke AG.

In einer ersten programmatischen Enunziation kündigt die neue industrielle Interessenvertretung an, „alle die Wirtschaft betreffenden Probleme vom Standpunkt der Industrie aus“ genauestens studieren und eine entsprechende Stellungnahme abgeben zu wollen. (19) Gleichzeitig wendet sich die VÖI gegen jeden „schädlichen Bürokratismus“ und erklärt gegenüber ihrem Sozialpartner, den Mitarbeitern ihrer Mitgliedsfirmen und deren Interessenvertretern, ihren good will: „Nicht zuletzt legt unsere Vereinigung den größten Wert darauf, zu den Mitarbeitern ihrer Mitglieder, den industriellen Arbeitern und Angestellten bzw. zu deren unpolitischen Vertretung, den Gewerkschaften, einen freundschaftlichen Kontakt aufrecht zu erhalten und gegebenenfalls mitzuhelfen, etwa auftauchende Mißverständnisse oder Schwierigkeiten zu klären und zu beseitigen.“ (20)

Diese Haltung hat sich bis heute nahtlos fortgesetzt: Es dürfte in der Welt wohl ziemlich selten, wenn nicht sogar einmalig sein, daß ein freier Unternehmerverband in einer Tonbildschau seinen Mitgliedern empfiehlt, mit den Gewerkschaften engsten Kontakt in allen Belangen zu halten. (21)

Innere Organisation der VÖI

Die Industriellenvereinigung besitzt Landesgruppen für Vorarlberg, Tirol, Salzburg, Oberösterreich, die Steiermark und Kärnten. Die Belange der Bundesländer Wien, Niederösterreich und Burgenland werden von der Zentrale wahrgenommen. In den Satzungen sind zwar auch einige fachliche Verbandsgliederungen erwähnt, es kam jedoch nie zur Konstituierung derartiger Unterorganisationen.

Die Organe der Industriellenvereinigung – wie Vorstand, Präsidialrat, Präsidium – werden von Vertretern der Mitgliedsfirmen besetzt, die Geschäfte führt ein eigener Expertenstab, das „Büro“, an dessen Spitze der Generalsekretär steht.

Die Willensbildung vollzieht sich „von unten nach oben“: Die einzelnen Ausschüsse, die zu den verschiedensten Fach- und Problem-bereichen gebildet wurden, geben ihre Stellungnahmen zu den aktuellen Fragen der Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik (sowie zu anderen Themen) ab, die dann vom Vorstand und vom Präsidium zu billigen sind. Sie werden dann häufig von den der Vereinigung zur Verfügung stehenden publizistischen Mitteln (von denen die eigene Verbandszeitung „Die Industrie“ sowie der tägliche „Pressedienst der Industrie“ nur einen Teilbereich erfaßt) an die Öffentlichkeit herangetragen.

Die VÖI in der Sozialpartnerschaft

Es ist sicherlich gerechtfertigt, wenn der Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, Anton Benya, die Vereinigung Österreichischer Industrieller als „einen der tragenden Verbände“ der Sozialpartnerschaft bezeichnet. (22) In der gängigen österreichischen Literatur zum Thema „Sozialpartnerschaft“ haben sich für diesen Begriff vor allem zwei Definitionen durchgesetzt: die von Alfred Klose, der feststellt, „Sozialpartnerschaft wird heute als Forum einer Zusam-

menarbeit von Kapital und Arbeit verstanden, vor allem aber der gesellschaftlichen Gruppen, die über diese Produktionsfaktoren verfügen“.(23) Thomas Lachs definiert Wirtschaftspartnerschaft als ein „System der Zusammenarbeit zwischen Regierung, Unternehmen und Arbeitnehmern auf allen Gebieten der Sozial- und Wirtschaftspolitik“, (24) bezieht also die Regierung als dritten Faktor in die Sozialpartnerschaft mit ein, eine Ansicht, der nicht unbedingt zuzustimmen ist, wenn man die Autonomie der Sozialpartner in der Tarifpolitik berücksichtigt. Diese macht heute immer noch einen wesentlichen Teil der Zusammenarbeit aus. Von gewerkschaftlicher Seite wird der Begriff „Wirtschaftspartnerschaft“ dem der Sozialpartnerschaft vorgezogen, um den Eindruck einer sozialen Harmonie zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu vermeiden. (25)

Die Industriellenvereinigung ist auf mannigfache Weise in die österreichische Sozialpartnerschaft institutionell eingebettet. Hier kommt ihr vor allem die Zusammenarbeit und so manche Funktionärsidentität mit der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft zugute, die ja als gesetzliche Pflicht-Interessenvertretung an allen Formen der Sozialpartnerschaft ex lege beteiligt ist, was für die Industriellenvereinigung nicht überall zutrifft. Experten der VÖI sitzen in sehr vielen Fällen als Vertreter der Bundeskammer, gleichsam im „Sub-Abonnement“, in den Gremien der Sozialpartnerschaft, allen voran in der Paritätischen Kommission für Lohn- und Preisfragen (die Paritätische Kommission ist 1957 von der Regierung zusammen mit den Sozialpartnern ins Leben gerufen worden, ihr gingen in den Jahren 1947 bis 1951 fünf Lohn- und Preisabkommen voran, an denen auch die Industriellenvereinigung Anteil hatte). (26)

Experten der VÖI sind auch im „Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen“ vertreten und nehmen an der „Wirtschaftspolitischen Aussprache“ teil, die unter Vorsitz des Bundeskanzlers stattfindet. In fast allen Fällen wird die Vereinigung Österreichischer Industrieller zu Stellungnahmen zu den verschiedensten Gesetzesentwürfen seitens der Bundesregierung eingeladen. Sie entsendet darüber hinaus ihre Fachleute etwa auch in diverse Vertretungskörper der Sozialversicherung und in zahlreiche andere Gremien. (27)

Faßt man zusammen, so steht die Industriellenvereinigung de jure hinter den „großen Vier“ der Sozialpartnerschaft zweifellos zurück, de facto zählt sie aber sicherlich zu den „großen Fünf“, wobei die Realverfassung des politischen Systems Österreichs sicherlich höher zu gewichten ist als die reine Rechtslage: Nach den Buchstaben des

Gesetzes dürfte die gesamte Sozialpartnerschaft fast überhaupt nicht existieren. (28)

VÖI und Politik

Die „gegenseitige Einflußnahme auf die Willensbildung“ von Parteien und Verbänden (29) hat in Österreich Tradition. In sie ist auch die Industriellenvereinigung eingebettet. Der Politologe Anton Pelinka errechnet in einer Studie einen Anteil der Vertreter von Verbänden im Nationalrat von nicht weniger als 55 Prozent, von denen 30 Prozent auf Arbeitnehmerverbände, 12 Prozent auf Arbeitgeberverbände und 13 Prozent auf Agrarverbände entfallen. (30) Für dieses „Verbändeparlament“ besitzt es mehr als nur symbolischen Wert, daß der Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, Anton Benya, gleichzeitig Präsident des Österreichischen Nationalrates und damit nach dem Bundespräsidenten der zweite Mann im Staate ist.

Im Vorstand der VÖI und in den Vorständen der einzelnen Landesgruppen der Vereinigung sowie im VÖI-Büro finden sich insgesamt vier Nationalratsabgeordnete, ein Bundesrat und drei Landtagsabgeordnete, die alle der Österreichischen Volkspartei angehören. In den Gremien der Vereinigung arbeiten darüber hinaus auch freiheitliche Mandatäre mit. Insgesamt zeigt diese Aufstellung jedoch, daß die Industriellenvereinigung im Parlament vergleichsweise äußerst schwach aufscheint.

Das nie bestrittene Naheverhältnis der Industriellenvereinigung zu ÖVP und FPÖ wird zweifellos durch die Einstellung ihrer Mitglieder legitimiert, wie auch aus einer vom Linzer IMAS-Institut durchgeführten Meinungsumfrage hervorgeht. (31) ÖVP und FPÖ fließen auch Spenden der Industriellenvereinigung zu, die diese seit der Novelle zum Einkommensteuergesetz aus dem Jahre 1975 mit 35 Prozent versteuern muß. (32)

Über die Verschränkung zwischen Parlamentarismus und Sozialpartnerschaft herrscht in Österreich – insbesondere seit der Einigung der Sozialpartner über das Arbeitsverfassungsgesetz – eine intensive Diskussion, (33) die allerdings noch zu keinem schlüssigen Ergebnis geführt hat.

Aspekte industrieller Interessenvertretung

„Brain Trust“ oder Dienstleistungsverband?

Zur industriellen Interessenvertretung zählt sicherlich nicht nur die Durchsetzung der Anschauungen und Vorschläge der Mitgliedsfirmen der Industriellenvereinigung in der Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik. Neben diesem „Lobbyismus“ ist es auch Aufgabe des Verbandes, seinen Mitgliedern mit Serviceleistungen zur Verfügung zu stehen. Die einzelnen Fachabteilungen der Industriellenvereinigung haben in dieser Richtung eine umfangreiche Beratungstätigkeit entwickelt. Daneben hat das Büro der VÖI allerdings auch sicher die Funktion einer gewissen „Denkfabrik“ für den industriellen Sektor, die alternative Zukunftsentwicklungen und dementsprechende Strategien vorzeichnen und analysieren soll. Was die Serviceleistungen anlangt, so werden diese von dem zweifellos wesentlich umfangreicheren hierfür zur Verfügung stehenden Apparat der Bundeswirtschaftskammer in vielen Teilbereichen detailliert erbracht. In dieser Frage entwickelt sich zur Zeit eine gewisse Aufgabenteilung zwischen den beiden Unternehmerorganisationen.

Einige inhaltliche Beispiele

Was nun die konkreten Inhalte der Interessenvertretung durch die Industriellenvereinigung anlangt, so sei an dieser Stelle nur auf wenige Beispiele hingewiesen. (34) Hinsichtlich der *Sozialpartnerschaft* hat sich die VÖI seit jeher für eine enge Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen ausgesprochen. Ab der Mitte der siebziger Jahre wird die Stellungnahme der VÖI zur Sozialpartnerschaft allerdings kritischer: Sie befürchtet, daß sich die Sozialpartnerschaft zu Lasten der Unternehmer entwickeln wird, weil die Arbeitnehmervertreter direkten Zutritt zur sozialistischen Alleinregierung besitzen, ja deren Politik maßgeblich bestimmen können. Diese „Ungleichgewichtigkeit“ sollte nach Ansicht der VÖI korrigiert werden. (35)

In der Frage der *Mitbestimmung* hat die Industriellenvereinigung das Konzept einer sogenannten „funktionellen Mitbestimmung“ entwickelt, das im wesentlichen eine „weitgehende Übertragung von Verantwortung im Rahmen des Aufgabenbereiches der Mitarbeiter“ der Betriebe umfaßt. (36) Eine paritätische Mitbestimmung wird von der

Industriellenvereinigung abgelehnt. Auch spricht sich die VÖI dafür aus, Arbeitnehmerverbände in eine „Betriebsverfassung“ nicht einzubinden. (37)

In ihrem im Oktober 1979 der Öffentlichkeit vorgestellten „*Programm '80*“, einem ausführlichen Grundsatzprogramm, hat sich die Industriellenvereinigung bisher am deutlichsten auch für eine *Humanisierung der Arbeitsplätze* engagiert. Auch innerhalb der VÖI wurden zahlreiche Arbeitskreise zu diesem Thema ins Leben gerufen, mit Gewerkschaften und Arbeiterkammer arbeitet die VÖI in Sachen Humanisierung ebenso wie mit der Bundeskammer zusammen. Von gewerkschaftlicher Seite wurden die Ausführungen der Industriellenvereinigung zur Humanisierung des Arbeitsplatzes im Programm '80 als „Argumentationshilfe für den Betriebsrat“ bezeichnet. (38) Ebenso bekennt sich die VÖI zu einer *Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand*. Sie untermauert das Streben nach einer breiten Eigentumsstreuung auch gesellschaftspolitisch und argumentiert, dieses sei ein Bollwerk gegen zentralistische und monopolistische Tendenzen und gegen ein Überhandnehmen des Einflusses der öffentlichen Hand. Daß in Österreich zur Zeit noch keine wesentlichen Fortschritte in Richtung einer Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand gemacht wurden, schreibt die VÖI dem hinderlichen Steuer- und Unternehmensrecht zu. (39)

Ordnungspolitisch bekennt sich die Industriellenvereinigung zur *Sozialen Marktwirtschaft* im Sinne Müller-Armacks. Sie anerkennt zwar die ordnende Hand des Staates, der im Wirtschaftsleben gewisse Rahmenbedingungen setzen muß, konjunkturelle und strukturelle Fehlentwicklungen speziell in den siebziger Jahren führt sie jedoch auf ein „zu viel Staat und zu wenig Markt“ zurück. Dabei stellt sie auch fest, daß in Österreich die Tendenz besteht, daß immer mehr privatwirtschaftliche Unternehmungen in ein Abhängigkeitsverhältnis von öffentlichen Stellen kommen. (40)

Damit sind nur einige grundsätzliche Positionen der Industriellenvereinigung in wesentlichen Fragen unserer Wirtschaftsordnung skizziert, die Stellungnahmen zu aktuellen wirtschaftspolitischen Problemen, die in der Öffentlichkeit seit jeher starke Beachtung finden, werden hier im wesentlichen als bekannt vorausgesetzt.

Zweifelloos wird die Bewegungsfreiheit der Unternehmer in einer Gesellschaft, die immer mehr zum Wohlfahrtsstaat tendiert und in der sich der Anteil der öffentlichen Hand am Bruttonationalprodukt ständig vergrößert, auch weiter abnehmen. Der Wettbewerb wird härter, die Entwicklungsländer mit ihren billigen Lohnkosten stoßen in Produktionsbereiche vor, die bisher den Industrieländern vorbehalten waren, die einzigartige Verbindung von östlicher Denkungsweise und westlicher Technologie, die sich im Inselreich des Fernen Ostens offenbart, bedroht empfindliche Nahtstellen der westlichen Gesellschaften („Japan-Schock“). Hinzu kommt, daß sich die Werteordnungen der Menschen in einer Art und Weise zu verändern scheinen, die der Eigeninitiative und der selbständigen Leistungsbereitschaft, die ein wesentliches Element unternehmerischen Handelns darstellt, zu Leibe rückt. (41)

Über all diese Tendenzen wirft sich ein immer dichter werdendes Netz der Bürokratisierung, der kapitalmäßigen Auslaugung der Unternehmen, der Ersetzung des früher symptomatischen Eigentümer-Unternehmers durch den heute symptomatisch gewordenen Manager.

Auch ein Verband muß dieser Entwicklung Rechnung tragen. In diesem Sinne ist die Öffnung der Industriellenvereinigung auch für „Manager“, für leitende Angestellte und für Führungskräfte im weiteren Sinn zu sehen, die diese in ihrem Grundsatzprogramm vorgenommen hat. (42)

Inwieweit diese Strategie der Öffnung und eine auch von Gewerkschaftsseite anerkannte „progressive Politik“ (43) imstande sein werden, die Position des Unternehmers und seiner Verbände in einer zunehmend feindlicher werdenden Umwelt zu verteidigen oder sogar vielleicht die Fundamente des Unternehmertums zu erweitern — die Antwort auf diese Frage muß der Zukunft überlassen bleiben.

Anmerkungen

- (1) Wilhelm Treue, Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit, Bd. I, 18. und 19. Jahrhundert, 3. Aufl., Stuttgart 1973, S. 176.
- (2) Johann Slokar, Geschichte der österreichischen Industrie und ihrer Förderung unter Kaiser Franz I., Wien 1914, S. 214.
- (3) Ebd.

- (4) Herbert Matis, Österreichs Wirtschaft 1848–1913. Konjunkturelle Dynamik und gesellschaftlicher Wandel im Zeitalter Franz Josephs I., Berlin 1972, S. 46.
- (5) Franz Geißler, Die Gründung der Handelskammer in Wien und die Entwicklung der österreichischen Kammerorganisation, in: 100 Jahre Handelskammern in Österreich. Festschrift zur Zentenarfeier der ersten österreichischen Handelskammer in Wien, hrsg. v. der Bundeskammer und der Wiener Kammer der gewerblichen Wirtschaft, Wien 1948, S. 43.
- (6) 60 Jahre Industrieller Klub 1875–1935, Wien 1935, S. 11 f.
- (7) Josef Mentschl, Das österreichische Unternehmertum, in: Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. I, Die wirtschaftliche Entwicklung, hrsg. v. Alois Brusatti, Wien 1973, S. 270.
- (8) 60 Jahre Industrieller Klub, S. 22.
- (9) Ebd., S. 29.
- (10) Akos Paulinyi, Die sogenannte gemeinsame Wirtschaftspolitik in Österreich-Ungarn, in: Habsburgermonarchie, Bd. I (1973), S. 598.
- (11) Theodor Schneider, Die Entwicklung der industriellen Organisation, in: Festschrift zum 50jährigen Bestand der Zeitschrift „Die Industrie“, Wien 1950, S. 19 ff.
- (12) Franz Josef Mayer-Gunthof, Die Geschichte des Hauses der Industrie, Festansprache des Präsidenten des Industriehaus-Vereines anlässlich dessen Generalversammlung am 19. April 1956, Wien 1956.
- (13) Nachum Gross, Die Stellung der Habsburgermonarchie in der Weltwirtschaft, in: Habsburgermonarchie, Bd. I (1973), S. 53.
- (14) Schneider, Entwicklung, S. 20.
- (15) Ebd., S. 21.
- (16) Hans Lauda, Die Vereinigung Österreichischer Industrieller, in: Die Industrie, 8. März 1947.
- (17) Siehe Anm. 12.
- (18) Matis, Österreichs Wirtschaft, S. 66.
- (19) Jahresbericht der Vereinigung Österreichischer Industrieller über die Zeit seit der Gründung bis Ende 1947, Wien 1948, S. 1.
- (20) Ebd.
- (21) Unveröffentlichte Tonbildschau „Gesellschaftspolitik im Unternehmen“ der VÖI, Wien 1978.
- (22) Anton Benya, Gewerkschaften in der Gesellschaft von heute, Wien 1975, S. 26.

- (23) Alfred Klose, Ein Weg zur Sozialpartnerschaft – Das österreichische Modell, Wien 1970, S. 10.
- (24) Thomas Lachs, Wirtschaftspartnerschaft in Österreich, Wien 1976, S. 7.
- (25) Fritz Klenner, Die Sozialpartnerschaft ein Austriacum, in: Europäische Rundschau 4/1967, S. 45.
- (26) Näheres hiezu bei Alois Brusatti – Karl Bachinger, Österreichs Wirtschaft in der Zweiten Republik, in: Österreich 1945–1970. 25 Jahre Zweite Republik, hrsg. v. Alois Brusatti, Karl Gutkas und Erika Weinzierl, Wien 1970, S. 224–231.
- (27) Eine detaillierte Aufstellung darüber findet sich bei Theodor Faulhaber, Die Vereinigung Österreichischer Industrieller, hrsg. v. Institut für angewandte Sozial- und Wirtschaftsforschung, Signum-Verlag, Wien 1980.
- (28) Siehe dazu insbesondere Karl Korinek, Die Realisierung der Idee der Sozialpartnerschaft in der österreichischen Rechtsordnung, in: Wirtschaftspolitische Blätter 23 (1976), S. 77.
- (29) Klose, Sozialpartnerschaft, S. 77.
- (30) Anton Pelinka, Die Sozialpartnerschaft als spezifische Komponente des österreichischen Systems der Integration sozial- und wirtschaftspolitischer Entscheidungen; unveröffentlichte Studie im Auftrag des Bundeskanzleramtes und im Rahmen des Forschungsprojektes „Integrated Social Policies“, Innsbruck 1977, S. 89.
- (31) IMAS (Institut für Markt- und Sozialanalysen), Das gesellschaftspolitische Wertsystem der Unternehmer, Linz 1976, unveröffentlicht.
- (32) Herbert Krejci im Kurier, 31. August 1980.
- (33) Eine Übersicht hiezu bringt Christian Brünner, Die Rolle der Interessenverbände im politisch-administrativen Entscheidungsprozeß – Grundriß einer Verbändelehre, in: Phänomen Sozialpartnerschaft. Festschrift für Hermann Ibler zum 75. Geburtstag, hrsg. v. Gerald Schöpfer, Wien, Köln, Graz 1980.
- (34) Genauere Aufstellungen bei Faulhaber, a. a. O., S. 107 ff.
- (35) Herbert Krejci, Verbessern, nicht zerstören, in: Die Industrie, 25. Mai 1979, S. 4.
- (36) Agieren, nicht reagieren, Schriftenreihe der Vereinigung Österreichischer Industrieller, Wien o. J., S. 24.
- (37) Beispielsweise im Jahresbericht 1953, Wien 1954, S. 70, aber auch später wiederholt.
- (38) Programm '80 und menschliche Arbeitswelt, in: Arbeit und Wirtschaft 1/1980, S. 38.
- (39) Mitarbeiter – Problem oder Partner?, Schriftenreihe der Vereinigung Österreichischer Industrieller, Wien o. J., S. 33 f.
- (40) Programm '80, hrsg. v. der Vereinigung Österreichischer Industrieller, Wien 1979, S. 14.
- (41) Genauerer dazu bei Elisabeth Noelle-Neumann, Werden wir alle Proletarier? Wertewandel in unserer Gesellschaft, Zürich 1978.
- (42) Näheres über die Motivation und Vorgangsweise bei Faulhaber, a. a. O., S. 143 ff.
- (43) Fritz Klenner, Interessengruppen, in: Österreich. Die zweite Republik, hrsg. v. Kurt Skalnik und Erika Weinzierl, Bd. 2, Graz 1972, S. 181.

ANZEIGENTEIL

VOITH

z.B. über 75 Jahre Erfahrung

... stehen hinter VOITH Produkten. Seit der Gründung des VOITH-Werkes in St. Pölten im Jahre 1903 werden hier Maschinen und Anlagen nach Maß entwickelt, in individueller Einzelfertigung hergestellt und weltweit exportiert.

VOITH-Erzeugnisse

Maschinen für Papier- und Zellstoffindustrie •
Hydraulische Maschinen • Asbestzementmaschinen
• Turbogetriebe • Turbokupplungen • Zahnrad-
getriebe • Elektrische Steuer- und Überwachungs-
anlagen • Gießereierzeugnisse.

VOITH
Maschinen nach Maß.

J.M. VOITH AG ST. PÖLTEN, ÖSTERREICH

Energiesparer Aluminium

Der Werkstoff Aluminium trägt durch sein geringes spezifisches Gewicht und seine vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten dazu bei, daß die Energiebilanz entlastet wird.
Ein paar Beispiele zur näheren Erörterung:

Ein U-Bahnwagen, statt aus Stahl aus Aluminium gefertigt, braucht um ca. 18.000 kWh Energie pro Jahr weniger! Durch Aluminium leichtere Autos benötigen weniger Treibstoff! Lebensmittel in der Aluminiumverpackung sind länger haltbar!

Der Energieverlust bei Freileitungen aus Aluminium ist wesentlich geringer als bei vergleichbaren anderen Werkstoffen.

Wie gesagt, nur ein paar Beispiele von vielen, die mit dem Vorurteil, daß Aluminium ein „Energieverschwender“ ist, aufräumen sollen. Sie sind doch auch unserer Meinung, daß Aluminium eigentlich eine „Energiebank“ ist.

Wir gehen täglich neue Wege. Begleiten Sie uns ein Stück. Mit Aluminium!



**VEREINIGTE METALLWERKE
RANSHOFEN-BERNDORF AG**

Aluminiumwerke Ranshofen
A-5282 Braunau-Ranshofen

Coupon:

Ich interessiere mich für den modernen Werkstoff Aluminium und bitte um kostenlose Übermittlung von Informationsunterlagen.

Name _____

Adresse _____



Erwartet uns das Unerwartete?

Es gibt nur wenige, die sich über die Zukunft Gedanken machen. Vieles von heute wird der Vergangenheit angehören. Vieles, was heute groß und bedeutend ist,

neueste Methoden auf ihre Aufgabe in unserem Management vorbereiten. Die internationale Erfahrung unserer Führungskräfte hilft mit, Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen.

Mehr Sicherheit durch Internationalität

Bessere Chancen, zu überleben, hat nur ein Unternehmen, das in verschiedenen Märkten, in verschiedenen Ländern zu Hause ist. Unilever ist eine internationale Gruppe, organisiert in überschaubaren, mittelgroßen Unternehmen, die sich immer wieder den neuen Verhältnissen anpassen. Denn das einzig Sichere ist die Veränderung.

Die neue Kunst des Befehlens

Die Arbeit ist nur menschenwürdig im Team. Dadurch ist der Raum für die persönliche Entfaltung gegeben. Jeder kann mitdenken, mitreden, mitentscheiden, mitverantworten. Die Zeit der „Einzelchefs“ und ihrer Untergebenen ist vorbei. Die besten Manager sehen sich selbst als Teil des Teams.

Wachsen Sie in die Zukunft

Das grenzenlose Wachstum ist vorbei. Quantität macht der Qualität Platz. Eine Entwicklung, die verpflichtet. Auch Unilever. Wir brauchen immer wieder neue, qualifizierte Mitarbeiter, die wir durch internationalen Austausch und

Die Formel für morgen

Eine menschliche Zukunft bewältigen nur jene, die das richtige Maß an schöpferischer Phantasie mit Entschlußkraft verbinden. Wir brauchen Menschen der Tat.

Das bessere Leben schaffen wir selbst

Wir alle arbeiten, damit die Zukunft angenehmer wird als das Heute. In Zukunft wird sich daran nichts ändern. Deshalb forscht Unilever in Entwicklungszentren. Damit es uns und unseren Kindern besser geht. Unilever findet ständig neue Produkte, neue Verfahren und neue Märkte. Wir machen das Unerwartete zur lebenswerten Wirklichkeit.

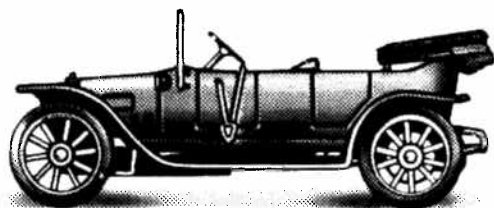
Persönliche Ziele verwirklichen

Wie Sie vielleicht wissen, kommen alle unsere Führungskräfte aus den eigenen Reihen. Fragen Sie sich, ob unsere Ziele mit den Ihren übereinstimmen. Informieren Sie sich über uns. Wir senden Ihnen gerne unsere Broschüre „Das ist Unilever“ zu.

Österr. Unilever Ges.m.b.H.
Tel. (0 22 2) 66 19/251.
E. Inführ.
1010 Wien, Rosengasse 4.



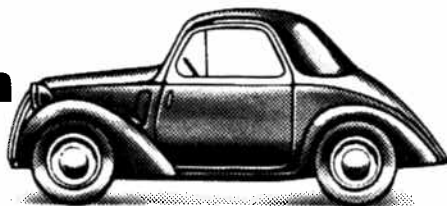
Unilever



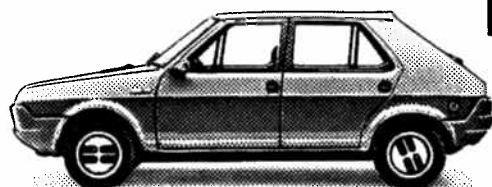
**Als
das Auto-
fahren in
Österreich**

**populär wurde, fuhren viele
einen Steyr.**

**Zur gleichen
Zeit freuten
sich die**



**Italiener über ihren Fiat. Vom
winzigen „Topolino“ bis zum
sportlichen Reisewagen.**



**Heute gibt
es Steyr-
Fiat:
Kleine,**

**mittlere und recht große
Autos, die lange
Freude machen.**

**STEYR
FIAT**

*Schoeller.
Die persönlichen Banker.*

Sie merken es schon beim ersten Gespräch mit einem von uns. Bei der Schoellerbank berät Sie nicht irgendwer, sondern ein Fachmann besonderer Art. Die reiche Erfahrung, das fundierte Wissen und das hohe Engagement für die Probleme der Kunden – das sind jene Eigenschaften, die aus unseren Beratern Banker internationalen Formats machen.

Ihr persönlicher Banker bei Schoeller vermittelt Ihnen auch rasch den direkten Kontakt mit den Experten in allen Abteilungen unserer Bank.

Wenn Sie mehr als den üblichen Banken-Service haben wollen – unsere persönlichen Banker und unser Team von Experten stehen Ihnen gerne zur Verfügung.



Schoellerbank

Die erste Adresse

Zentrale: A-1010 Wien, Renngasse 1-3
Telefon: Allgemein (0222) 63 56 71
Devisenhandel (0222) 63 18 41/63 18 42
Telex: Allgemein 74219 - Devisenhandel 76561
Effekten 75314 - Münzabteilung 75711
Telegramme: Schoellerbank Wien

Zweigstellen: A-1210 Wien, Brünner Straße 43
Telefon: (0222) 38 75 41
A-2351 Wiener Neudorf/IZ NO-Süd
Telefon: (0 22 36) 83 6 45
Filiale: A-4020 Linz, Volksgartenstraße 15
Telefon: (0732) 64 0 55, Telex: 21765

leistungsstark ortsverbunden unabhängig

Wir sind überall, wo Sie uns brauchen. Unsere Mitarbeiter sind nicht nur Bankprofis, sondern auch Menschen, die für Sie persönlich da sind. Wir bieten Ihnen alle Bankleistungen vom Sparguth bis zum internationalen Geldtransfer. Aber auch in puncto Unternehmensberatung, Leasing und Reisedienst, sowie in vielen anderen Fragen sind wir für Sie da. Dieser Leistungsumfang und der persönliche Service sind zwei Vorteile, mit denen Sie „rechnen“ können.

Raiffeisen
Die Bank mit dem persönlichen Service.



WISSEN IST MARKT

Weltmarkt, Flohmarkt, Supermarkt, Arbeitsmarkt . . .
Wie funktionieren diese Tummelplätze von Angebot und Nachfrage? Was ist gegeben, was variabel? Wie werden wir vom Markt beeinflusst, wie können wir ihn selbst beeinflussen?

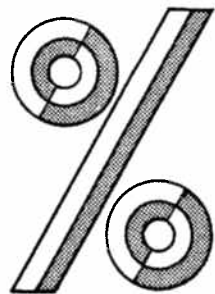
Der Markt ist das faszinierende Element, in dem wir leben. Wer Marktführer sein will, muß die technischen, ökonomischen und psychologischen Aspekte des Marktes besser kennen als andere.

Fortschritt – Schritt für Schritt

Persil

Sparen.

Ihr Geld wächst-
über kurz oder lang.



Sparbuch,
Sparbrief,
Prämiensparen,
Dreifachsparen,
Bausparen,
Wertpapiersparen,
Sicherheitssparen.



LÄNDERBANK
Um Sie bemüht

von
KAPSCH

Die gute Verbindung kommt von Kapsch.
Denn Kapsch heißt Telephonie.

Die gute Verständigung kommt von Kapsch.
Denn Kapsch heißt Übertragungstechnik.

Die gute Unterhaltung kommt von Kapsch.
Denn Kapsch heißt Unterhaltungselektronik.

Kommunikation

Von Computern und Menschen.

Vielschichtigkeit und Tempo kennzeichnen das Leben von heute. Der persönliche Kontakt ist in vielen Bereichen seltener geworden. Wohl niemand ist darüber glücklich.

Aber heute muß fast alles schneller gehen, mitunter auch über sehr große Entfernungen. Und dazu brauchen wir Maschinen, die schnell genug sind, z.B. Computer. Diese übernehmen unter anderem viel Routinearbeit und geben so dem Menschen wieder mehr Zeit, sich um Dinge außerhalb der Routine zu kümmern.

Denken Sie beispielsweise an Fluggesellschaften: die elektronischen Flugbuchungssysteme sind so programmiert, daß auch Sonderwünsche berücksichtigt werden können. So ist es möglich, schnell auf die persönlichen Bedürfnisse der Passagiere einzugehen – ob nun ein Rollstuhl benötigt wird oder eine bestimmte Diät.

Sehen Sie sich einmal die Schulen an: dort, wo der Unterricht von einem Computer unterstützt wird, haben die Schüler die Möglichkeit, das Lerntempo ganz

individuell ihren Fähigkeiten anzupassen. Und der Lehrer hat mehr Zeit, auf die Probleme einzelner Schüler einzugehen.

In Krankenhäusern, wo persönliche Betreuung oft lebenswichtig ist, entlasten Computer Krankenschwestern und Ärzte bei administrativer Kleinarbeit. So bleibt mehr Zeit für die Patienten.

Sicher wird es heute immer schwieriger, individuellen Bedürfnissen auf individuelle Weise gerecht zu werden. Aber viele Computeranwender haben gezeigt, daß sie die Erhaltung dieser Werte als notwendig erachten und auch etwas dafür tun.

Wir von IBM versuchen auf unsere Weise, unseren Beitrag zu leisten: Durch die Entwicklung von Produkten, die den Anwendern mehr Zeit geben, sich persönlichen Dingen wieder persönlich zu widmen.

IBM

Bank der Wirtschaft



Girozentrale

1011 Wien, Schuberting 5, Tel. (0222) 72 94-0

Bank der Sparkassen

Ein sicheres System

Eines, das für die gewinnbringende Anlage Ihres Geldes garantiert: Brillant-, Gold-, Silberjetons der Österreichischen Spielbanken AG. Wir haben den ideellen, den Souvenirwert der Jetons mit dem materiellen Wert von Gold und Silber kombiniert.

Das Ergebnis: eine Serie von Brillant-, Gold- und Silberjetons, die nicht nur hübsch aussehen, sondern einen echten

Wertgegenstand darstellen und schon nach kurzer Zeit vergriffen sind. Und wenn man sich doch einmal von ihnen trennen will oder muß – dann sind sie jederzeit zum Nominalwert rücklösbar.

In den Spiel-Casinos **Baden, Badgastein, Bregenz, Kleinwalsertal, Kitzbühel, Salzburg, Seefeld, Velden und Wien** sind sie erhältlich.



Kupon

Wenn Sie diesen Kupon einschicken, senden wir Ihnen gerne Informationen.
Unsere Adresse:
Österr. Spielbanken AG.
Dr.-Karl-Lueger-Ring 14
A-1015 Wien

Name

Adresse

hoffentlich ALLIANZ versichert

